

DokumentationNEUE DOKUMENTE ZUR GESCHICHTE DER REICHSWEHR  
1930—1933\*)

Zwischen 1925 und 1928 vollzog sich eine bedeutsame Wandlung in der Führung der Reichswehr und damit in ihrer Position innerhalb des Weimarer Staates. Konnte im Herbst 1923 der General von Seeckt auf die Frage des Reichspräsidenten Ebert „Ich möchte nun wirklich wissen, wo steht denn eigentlich die Reichswehr?“ erwidern: „Die Reichswehr steht hinter mir“<sup>1</sup>, so hätte er eine solche Antwort gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg weder wagen noch vertreten können. Seeckt hatte mit Bedacht die Distanz zwischen seiner Armee und Ebert gepflegt. Nunmehr drängte Hindenburgs Autorität diejenige Seeckts zurück. 1926 wurde er entlassen. Sein Nachfolger, der General Heye, war ein unpolitischer Soldat, hatte nicht die Führungsbegabung seines Vorgängers und war daher außerstande, sich auch nur annähernd dessen Ansehen in der Reichswehr zu verschaffen. Noch zu Zeiten Seeckts war der wendige und parlamentarisch versierte Oberstleutnant von Schleicher in das Ministerium berufen und später zum Chef des Ministeramts ernannt worden<sup>2</sup>. Damit erhielt er faktisch eine Stellung, die einem Staatssekretär im Reichswehrministerium entsprach. 1928 übernahm Schleichers väterlicher Freund und früherer Vorgesetzter, der Generalleutnant a. D. Groener, als Nachfolger Geßlers das Reichswehrministerium. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das militärpolitische Schwergewicht endgültig von der Heeresleitung auf das Ministerium verlagert.

Groener war als geborener Württemberger eine „unpreußische“ Offizierserscheinung mit großen organisatorischen Fähigkeiten. Ludeendorfs Nachfolger im Amte des Ersten Generalquartiermeisters (1918) und Reichsverkehrsminister unter Ebert, war er im Offizierkorps der Reichswehr wegen seiner Haltung bei der Abdankung des Kaisers und seiner verständnisvollen Einstellung zur demokratischen Republik eine umstrittene Figur, wurde jedoch von Hindenburg gestützt. Demgegenüber brachte ein großer Teil der demokratischen Parteien ihm Vertrauen entgegen.

\*) Zugrunde liegen die Befehlshaberbesprechungen nach den Aufzeichnungen des Generals a. D. Liebmann. Sie sind bearbeitet von Thilo Vogelsang, der die gesamten Aufzeichnungen zusammen mit anderen ungedruckten Quellen im Rahmen einer Untersuchung über das Verhältnis zwischen Wehrmacht und Staat veröffentlichen wird. (Schriften des Instituts für Zeitgeschichte München, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart.)

<sup>1</sup> F. von Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918—1936, Leipzig 1940, S. 341f.

<sup>2</sup> Zum 1. Februar 1926 wurden die Aufgaben der „Gruppe für militärpolitische Angelegenheiten“ des Truppenamtes (T 1 III) von der Nachrichtenstelle des Ministeriums übernommen, die darauf die Bezeichnung „Wehrmachts-Abteilung“ erhielt. Ihr Leiter wurde Oberstlt. von Schleicher, der in den folgenden Jahren einen schnellen Aufstieg erlebte (Oberst 1. 3. 26; Gen.Maj. 23. 1. 29) und dessen Aufgabenbereich mit der Ernennung zum Chef des Ministeramtes (1. März 1929) bedeutsam erweitert wurde.

Die Offiziere, die nunmehr an der Spitze der Reichswehr standen, wären dieselben, die im November 1918 Ebert die Hilfe der Armee gewährt hatten. Im Gegensatz zu ihrer selbständigen Stellung neben Reichspräsident und Reichsregierung unter Seeckt gelangte die Reichswehr jetzt durch die eingetretenen Veränderungen immer mehr in den politischen Wirkungsbereich des Reichspräsidenten, welcher seinerseits mit der Ernennung Brünnings zum Reichskanzler (1930) anfang, eine eigene Politik zu treiben. Hinzu kam, daß es in den Jahren vorher auch Groener nicht gelungen war, die permanente, auf Gegenseitigkeit beruhende Vertrauenskrise zwischen Reichswehr und politischen Parteien zu überwinden<sup>3</sup>. Der Kampf um das Panzerschiff A zeigte deutlich die Hemmungen und Schwierigkeiten, vor denen die Sozialdemokratische Partei, vor allem ihr linker Flügel, stand und zu deren Ausräumung sich mit der Amtszeit des zweiten Kabinetts Müller die eigentlich letzte Gelegenheit geboten hatte<sup>4</sup>. Auch das Mißtrauen gegen das Offizier- und Unteroffizierkorps, welches aus ihr fremden, vielfach zu ihr im Gegensatz stehenden Kreisen zusammengesetzt war, blieb trotz der Sympathien für den neuen Minister bestehen.

Hindenburg und Groener hatten im Mai 1930 in den von ihnen erlassenen „Berufspflichten des deutschen Soldaten“ die überkommene Anschauung, die Reichswehr aus dem Streit der Parteien herauszuhalten, nochmals unterstrichen, um sie desto nachhaltiger zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber Reichsführung und Reichsverfassung anzuhalten<sup>5</sup>.

Aber diese angestrebte Bindung blieb allen Bemühungen Groeners zum Trotz letzten Endes doch ein Wunschbild. Das Offizierkorps stammte überwiegend aus Kreisen, die den Rechtsparteien angehörten oder ihnen zumindest zuneigten. Abgesehen davon fühlte es sich auch zu diesen mehr hingezogen, da sie die Belange der Wehrmacht mit Entschiedenheit vertraten, während es den demokratischen Parteien mit demselben Mißtrauen begegnete, das diese ihm entgegenbrachten. Zu den niemals aufgehörenden Zweifeln von außen gesellten sich innerhalb des Offizierkorps

<sup>3</sup> Einen tiefen, wenn auch nur gedrängten Einblick in die Nöte dieser Jahre gibt H. Herzfeld, *Das Problem des deutschen Heeres 1919–1945*, Laupheim 1952, besonders S. 11 ff. Wesentlich ausführlicher, aber bei aller Schärfe in der Diktion nicht immer klar ist der Beitrag von K. D. Bracher, *Auflösung einer Demokratie, Das Ende der Weimarer Republik als Forschungsproblem*, in: *Faktoren der Machtbildung*, hrsg. A. R. L. Gurland, Berlin 1952, S. 62 ff. Zur Person Groeners ist zu vergleichen E. Kabisch, *Groener*, Leipzig 1932, und neuerdings G. A. Craig, *Reichswehr and National Socialism, The policy of Wilhelm Groener 1928–1932*, in: *Political Science Quart.* 63 (1948), S. 194–229 (unter Benutzung des in den National Archives, Washington, befindlichen Groener-Nachlasses).

<sup>4</sup> Es sind weniger wehr- als vielmehr innenpolitische Gründe gewesen, nämlich die Rücksicht auf die kommunistische Propaganda, welche die SPD zum Widerstand gegen den Bau dieses Schiffes veranlaßt haben.

<sup>5</sup> Art. 1 lautete: „Die Reichswehr ist das Machtmittel der gesetzmäßigen Reichsgewalt. Sie schützt die Grenzen des Deutschen Reiches nach außen und nach innen. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Ihrer Verfassung schwört der Soldat die Treue. Die unverbrüchliche Wahrung der dem Vaterland gelobten Treue ist die vornehmste Pflicht des Soldaten.“ (H. V. Bl. vom 23. Mai 1930.)

sehr unterschiedliche Auffassungen, besonders was Sinn und Umfang der „unpolitischen Haltung“ betraf. Nur zu oft wurde die Möglichkeit einer innenpolitischen Neutralität, die, von einem staatsbehahenden Geiste durchdrungen, sogar schöpferisch hätte wirken können, mit der angeblichen Notwendigkeit einer abwartenden Exklusivität verwechselt, so daß sich vielerorts der Blick für die wirklichen Gefahren trübte. Der Auftrag, über den Parteien zu stehen und nur die Reichsverfassung als bindende Instanz anzusehen, wurde von vielen Offizieren — mehr oder weniger bewußt — höchst eigenmächtig erweitert. Man glaubte, am Ende auch über der Staatsform der Republik stehen zu dürfen, und sprach schließlich von dem Staat schlechthin unter Verschweigung oder gar stiller Verwerfung der demokratischen Form, man dachte nur an Volk und Vaterland, wenn man von jenen Dingen sprach, die zu verteidigen man berufen war<sup>6</sup>.

Diese Gesinnung berührte sich mit den wehr- und innenpolitischen Auffassungen der Rechtsparteien, die jedoch mit der als „schlapp“ getadelten Reichswehrführung oft sehr wenig einverstanden waren. Auch ihre Antipathien beruhten weniger auf wehrpolitischen als auf innenpolitischen Erwägungen. Im Interesse ihrer gegenrevolutionären Ziele wollten sie über die Reichswehr, die der stärkste Machtfaktor der Republik war, verfügen. Diese Position zwischen zwei Feuern gab der politischen Führung der Reichswehr nach 1928 Veranlassung, immer mehr einen eigenen Kurs zu steuern, was ihr zunächst um so leichter möglich war, als nunmehr auch ihre Spitze eine Homogenität erhalten hatte, die zu Seeckts Zeiten in dieser Form nicht gegeben gewesen war. Das Ruder wurde jedoch weder von Hindenburg noch von Groener bedient. Es lag vielmehr in den Händen Schleichers<sup>7</sup>. Dieser, nicht die Zentrumsparterie, präsentierte bei Hermann Müllers Rücktritt Hindenburg den neuen Kanzler.

Im Jahre 1930 erlangten zwei Ereignisse für die Reichswehr besondere Bedeutung: die Aufdeckung nationalsozialistischer Umtriebe im Heere, welche im September zum Hochverratsprozeß vor dem Reichsgericht führten<sup>8</sup>, und, zeitlich dazwischenliegend, die Reichstagswahlen am 14. September, welche den Nationalsozialisten 107 Mandate einbrachten, sie zur zweitstärksten Partei werden ließen und eine Regierungsbildung der nicht sozialistischen Parteien ohne Nationalsozia-

<sup>6</sup> Vgl. z. B. die Ausführungen des Gen.Maj. Frhr. von Hammerstein-Equord (Kurt), des späteren Chefs der Heeresleitung, in der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 21. Juli 1929. Selbst Groener hat sich nach und nach zu Auffassungen bekannt, die einer solchen Haltung ziemlich nahe kamen, wenn auch erst am Ende seiner Tätigkeit als Minister.

<sup>7</sup> Eine der Persönlichkeit Schleichers gerecht werdende Biographie liegt noch nicht vor. In der Sicht der damaligen Zeit entstanden K. Caro und W. Oehme, Schleichers Aufstieg, Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenrevolution, Berlin 1933, R. Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1933 und H. Brauweiler, Generäle in der Deutschen Republik, Berlin 1932. Mit Vorsicht zu benutzen ist H. R. Berndorff, General zwischen Ost und West, Hamburg 1951. Vgl. zuletzt die Charakterisierung Schleichers durch H. von Holtzendorff in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 267—270.

<sup>8</sup> Einen guten Überblick gibt R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten V, Der Fall Scheringer-Ludwig-Wendt, in: Dtsch. Rdsch. 76 (1950), S. 915—922.

listen und Deutschnationale nicht mehr erlaubten. An die Stelle des sich auf Duldung beschränkenden Parlaments trat der die Notverordnungen unterzeichnende Reichspräsident und rückte dadurch immer mehr in den Vordergrund der Politik.

Im Reichswehrministerium fanden damals in regelmäßigen Abständen zumeist von einem Vierteljahre Befehlshaberbesprechungen statt, die vom Minister oder vom Chef der Heeresleitung einberufen wurden. Dabei wurden Vorträge ohne nachfolgende Diskussion, auch politische Referate, die fast immer durch den Chef des Ministeramtes vorbereitet waren, gehalten. Vom Herbst 1930 an liegen der Forschung Aufzeichnungen vor, die bei diesen Besprechungen skizziert und in unmittelbarem Anschluß daran für die Weitergabe vor dem Offizierkorps ausgearbeitet worden sind. Sie stammen von der Hand des Generals d. Inf. a. D. Liebmann, der ab Februar 1930 als Chef des Stabes des Gruppenkommandos 2 (Kassel) und seit Dezember 1931 als Befehlshaber im Wehrkreis V (Stuttgart) an den Zusammenkünften teilnahm. Diese Aufzeichnungen reichen bis zum Jahre 1935 und befinden sich seit 1951 im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München. Ihr besonderer Quellenwert ergibt sich daraus, daß sie jeweils ausführliche Stellungnahmen des Reichswehrministers, des Chefs des Ministeramtes und des Chefs der Heeresleitung zu den innen-, außen- und wehrpolitischen Fragen dieser Zeit enthalten, Ausführungen also, die geeignet sind, bereits Bekanntes zu erläutern und neu zu beleuchten, aber auch manche bisher unbekannte Ansichten und Maßnahmen aufzuzeigen. Unretuschiert geben sie die jeweilige politische Vorstellung der Reichswehführung in allen entscheidenden Stadien der Entwicklung jener Jahre wieder. Diese Berichte werden von uns gelegentlich durch Materialien aus dem Nachlaß Schleichers ergänzt.

Die erste der nun folgenden Aufzeichnungen beginnt mit der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber am 25. Oktober 1930, welche noch stark im Zeichen der innenpolitischen Auswirkungen des Leipziger Prozesses stand. Daß hierzu inzwischen auch eine Stellungnahme Hindenburgs erforderlich geworden war, ergibt sich gleich zu Anfang aus den Worten Schleichers.

#### Nr. 1.

1930 Oktober 25, Berlin. Ausführungen des Gen.Maj. von Schleicher, des Reichswehrministers Groener und des Gen.d.Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord\* auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnung des Gen.Maj. Liebmann auf Grund von Bleistiftnotizen als Grundlage für eine Offiziersbesprechung am 11. November 1930. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 3—6.

\* Heye, dessen Ausscheiden aus dem Wehrdienst zum 31. Oktober 1930 vorgesehen war, hatte schon einen Teil seiner Dienstgeschäfte als Chef der Heeresleitung abgegeben. Daraus erklärt sich, daß Hammerstein an dieser Besprechung im RWM bereits teilnahm.

## Niederschrift der Besprechung im R.W.M. am 25. 10. 30

## A. General von Schleicher.

## Leipziger Prozeß.

1. Frage, ob d. Angelegenheit disziplinarisch erledigt werden konnte, ist in dem Vortrag des Majors Teisen<sup>10</sup> eingehend beantwortet.

2. Stellung des Reichspräsidenten zum Prozeß.

Er hat über die Begnadigungsanträge ganz allein entschieden. Irgend ein Vortrag seitens des R[eichs]w[ehr]m[in]ist[ers] oder anderer Stellen hat nicht stattgefunden.

Zum Vorstoß Oldenburg-Januschau. Der offene Brief des R.W.Ministers hat dem R[eichs]präs[identen]<sup>11</sup> vorher vorgelegen. Er hat ihn zunächst als zu milde beanstandet, da O. in zu hohem Grade disziplinerschütternd gewirkt habe. Die Reichstagsrede Oldenburgs<sup>12</sup> war viel schlimmer, als sie in die Presse gekommen ist. Er hat zudem Sachen gesagt, von denen er vorher wußte, daß sie unrichtig wären. Er wollte ursprünglich überhaupt nicht sprechen, wurde dann aber von der Partei vorgeschickt, als man die ungünstige Wirkung des vorherigen Angriffs Schmidt-Hannover (Fahnen-eid)<sup>13</sup> erkannte. R.Pr[äsident] hat dem Abg. v. Oldenburg seinen Vorstoß außerordentlich übelgenommen; für das Schlimmste hält er, daß er darin einen Versuch der Rechtsparteien sieht, einen Keil zwischen den älteren und jüngeren Teil des Offz.Korps zu treiben.

Einzelheiten zum Inhalt des Vorstoßes: (3 Hauptpunkte) Verhaftung vor der Truppe: S. Vortrag Theisen. Der Modus war an Ort u. Stelle zwischen dem Abt.-Kdr. u. dem Untersuchungsrichter vereinbart. Eine Schuld des Ministeriums daran liegt also keinesfalls vor. Urteil stellt deshalb auch fest, daß sowohl Unt[ersuchungs]-richter wie M. Theisen das beste gewollt hätten<sup>14</sup>.

Der Uhren-Erlaß<sup>15</sup> ist auf Grund des Angriffs auch vom R.Präs. nochmals geprüft worden. R.P. hat keinerlei Grund gefunden, ihn abzuändern. Von Spitzeldienst in der Truppe ist darin mit keinem Worte gesprochen.

Das Civiltragen in Ulm<sup>16</sup> bei einer komm. Demonstration ist vom dortigen Kdten, nicht vom R.W.M. befohlen. Von diesem liegt nur die allg. Weisung vor,

<sup>10</sup> „Der Prozeß gegen die ehemaligen Leutnants Scheringer und Ludin und Oberleutnant a. D. Wendt vor dem Reichsgericht zu Leipzig“ (Anl. zum Erlaß Nr. 3700/30 W I vom 20. Okt. 1930). Die Frage der disziplinarischen Erledigung wurde von Major Teisen, der zur Wehrmachts-Abteilung des RWM gehörte, negativ beantwortet.

<sup>11</sup> Vom 21. Oktober. Die wichtigsten Sätze in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 22. Oktober 1930.

<sup>12</sup> Elard von Oldenburg (1855—1937), Rittergutsbesitzer in Januschau/Westpr., war seit dem 14. September 1930 M.d.R. (Deutschnationale Volkspartei). Zum Wortlaut der Rede vgl. dessen „Erinnerungen“, Leipzig 1936, S. 225 ff.

<sup>13</sup> Der deutschnationale Abg. Otto Schmidt hatte sich in abfälligster Form über den auf die Reichsverfassung abzulegenden Fahneneid der Reichswehr geäußert.

<sup>14</sup> Bei der Verhaftung war ein Vertreter des Ministeriums zugegen, offenbar Major Theisen.

<sup>15</sup> H. V. Bl. vom 4. März 1930. Der Erlaß versprach demjenigen Soldaten, der sich an der Abwehr von Zersetzungsversuchen innerhalb der Reichswehr erfolgreich beteiligte, eine Uhr mit Gravierung oder ähnliche Belohnungen.

<sup>16</sup> Dieser Befehl erfolgte anlässlich des sog. „Antikriegstages“ am 1. August 1929, der von kommunistischer Seite mit Kundgebungen begangen werden sollte. Bemerkenswert, daß das RWM sich davon distanzierte, um dem Vorwurf der sog. „Schlappheit gegen Links“ zu begegnen.

daß ein Zusammentreffen v. Soldaten mit Kommun. möglichst vermieden werden soll. Der Befehl des Kdten. ist vom R.W.M. nicht gebilligt worden.

3. Vorwurf, die Truppe würde nicht genügend unterrichtet. Nicht zutreffend! Es sind zahlreiche Verfügungen u. Mitteilungen ergangen. Sie dringen aber nicht immer durch. Auch jetzt gibt es noch Führerstabs-Offiziere, die die Verfügungen über Nazi u. Ulmer Prozeß nicht kennen<sup>17</sup>. Tatsächlich besteht bei vielen Kommandeuren eine Scheu, mit ihren Offizieren über die Nationalsozialistische Bewegung zu sprechen.

Die „Wanderredner“ die das R.W.M. angeboten hat, sind von der Mehrzahl der Div.Kdre. abgelehnt worden<sup>18</sup>.

4. Es ist gesagt worden, das R.W.M. hätte das R[eichs]Gericht dahin beeinflussen müssen, daß der Prozeß nicht gerade nach den Wahlen verhandelt würde.

D.R[eichs]gericht läßt sich in dieser Hinsicht nicht beeinflussen. Es ist in diesem Punkt außerordentlich empfindlich u. hätte den Versuch, eine Verschiebung des Prozesses zu erreichen, mit Bestimmtheit glatt abgelehnt.

R.W.M. hat in diesem Punkt Erfahrung aus den Feme-Prozessen. Um den Prozeß Fahlbusch zu verschieben, den man jetzt natürlich nicht brauchen konnte, hat der Reichskanzler eingreifen müssen.

5. Über die Vorgänge bei der Verhaftung hat Oberst Beck<sup>19</sup> im Prozeß eine Darstellung gegeben, die nach Ansicht des Untersuchungsrichters Braune nicht zutrifft. Braune hat nach dem Prozeß verlangt, daß Beck revoziert. Diese Angelegenheit wird zur Zeit noch untersucht.

Die Ansicht, daß in diesem Falle die Bestimmungen über Verhaftung in der Vorschrift „Wehrmacht u. Polizei“ hätten beachtet werden müssen u. demgemäß der Untersuchungsrichter den Rgts.Kdr. um die Verhaftung ersuchen mußte, ist nicht zutreffend. Braune<sup>20</sup> war zum Zweck der Verhaftung von einem Offizier des R.W.M. begleitet u. es lag eine Verabredung über den Modus zwischen diesem Offz. und dem Abt.Kdr. vor. Damit war v. S[eiten] der Polizei alles nötige geschehen.

6. Presse zum Prozeß war rein parteipol. eingestellt, genau wie bei den Feme-Prozessen.

Linksprelle war vorsichtig, da bei der augenblicklichen innerpol. Lage für sie kein Kapital daraus zu schlagen war. Daß Linksparteien aber eines Tages wieder

<sup>17</sup> Gemeint sind wohl die bei G. A. Craig, a. a. O., S. 205f. und S. 207, Anm. 37 angeführten Erlasse. Vgl. auch R. H. Phelps, a. a. O., S. 917f. In einem Briefe an Groener vom 13. Oktober 1930 hatte Heye („trotzdem ich schon mein Amt zum Teil abgegeben habe“) sich gegen den Erlaß vom 6. Oktober (Nr. 3570/30 W I a) gewandt, da er zu diesem wie auch zu einem anderen (Nr. 486/30 g. W I a) vorher nicht gehört worden sei. Er sprach den verurteilten Offizieren „unedle Motive“ ab und verlangte, daß „Geistesbewegungen, die das ganze Volk durchziehen, . . . erkannt und dementsprechend geklärt und für uns brauchbar gemacht werden.“ Im Hinblick auf die hier wiedergegebene Besprechung vom 25. Oktober bat er ferner darum, „daß die bestellten Oberbefehlshaber und Divisionskommandeure Gelegenheit erhalten, sich freimütig über das ganze Thema äußern zu dürfen . . .“. (Aus dem Nachlaß des Gen. von Schleicher, Bundesarchiv Koblenz, künftig zitiert: Schleicher-Nachlaß, Koblenz.)

<sup>18</sup> Auch dieser Hinweis Schleichers erfolgte in der Absicht, sich und das RWM vor dem Vorwurf mangelnder Aufklärung zu schützen. Die „Wanderredner“ waren in der Regel Offiziere des RWM, die auf den Truppenübungsplätzen und in den Standorten zu den Offizieren der Truppe sprachen. Eines der wichtigeren Themen war immer wieder das Verhältnis zu den „Verbänden“.

<sup>19</sup> Oberst Beck, der spätere Chef des Generalstabes des Heeres, war Kommandeur des 5. Art.-Rgts., jedoch bei der Verhaftung der Offiziere nicht anwesend.

<sup>20</sup> Der Untersuchungsrichter.

kommen und mit Berufung auf den Prozeß ihre Forderungen auf Änderung des Offz.Ersatzes stellen werden, ist sicher. Die Berichterstattung der Linkspresse war ungefährlich, da die Truppe gegen Verhetzung von dieser Seite im allg. als immun anzusehen ist.

Kritik der Rechtspresse dagegen ist gefährlich, da die Truppe – vor allem der jüngere Teil des Offz.Korps – glaubt, was von dieser Seite kommt, muß richtig sein. Von den Führern der radikalen Rechtsparteien (Hitler, Hugenberg) war die Parole ausgegeben, den Prozeß bis zur äußersten Grenze im parteipol. Sinne auszuschlachten. Gleiche Parole lag auch den Vorstößen von Gr. Goltz<sup>21</sup> und Oldenburg<sup>22</sup> zugrunde. Dem R.W.Min. haben zum Prozeß durchaus vernünftige Artikel, die von den Chefredakteuren von Rechtszeitungen selbst geschrieben waren, vor Erscheinen vorgelegen. Kein einziger dieser Artikel ist tatsächlich in die Zeitungen gekommen, sondern an ihre Stelle nur ganz einseitig parteipol. gefärbte Berichte.

Es ist zur Zeit ganz unmöglich, in die Rechtspresse irgendetwas hineinzubringen, was dem Standpunkt des R.W.Min. zu den augenblickl. Fragen entspricht. Das R.W.M. kann also zur Zeit nichts tun, um in der Rechtspresse für Aufklärung zu sorgen. Diese folgt absolut dem Diktat der radikalen Führer.

Von dem besonneneren Teil der Deutsch-Nationalen wird dieser Konflikt zwischen R.W.M. u. D[deutsch]nat[ionaler Volks]partei außerordentlich bedauert. Der 2. Vorsitzende der D.Nat., Winterfeldt, hat dies dem Min. gegenüber selbst zum Ausdruck gebracht. Die preuß. Landtagsfraktion der D.Nat. beteiligt sich übrigens nicht an dem Feldzug der radikalen Reichstagsfraktion.

Tendenz der Rechtspresse: ging dahin, den Prozeß zu benutzen, um eine Beseitigung der Minister zu erreichen, die ein Hindernis gegen eine Reg.Bildung mit Nat.Sozialisten darstellen, d. i. Brüning u. Curtius. Seitdem die Nazi auch den Posten des R.W.Min. beanspruchen, gehört auch Groener zu diesen Ministern<sup>23</sup>. Treiber der Rechtsradikalen ist im Auftrage Hugengeb's der Abg. Schmidt-Hannover<sup>24</sup>.

Gemäßigt u. vernünftig haben über d. Prozeß nur die Blätter der Mitte – Börsenzeitung, Germania, Köln. Volkszeitung – berichtet.

Lage erinnert an 1923, wo der General v. Seeckt, als er sich den Diktatur-Wünschen der Rechten gegenüber ablehnend verhielt, als „Gesinnungslump“, „Judenfreund“, „Ehrgeiziger Streber“, „kein nationaler Mann“ bezeichnet wurde. Von diesen Dingen will die Rechtspresse heute nichts mehr wissen, mit Ausnahme der

<sup>21</sup> Vgl. in diesem Zusammenhange auch den Brief Groeners an den Gen.Maj. a. D. Grafen von der Goltz, wiedergegeben in der „Augsburger Postzeitung“ vom 9. Oktober 1930.

<sup>22</sup> S. oben und Anm. 12.

<sup>23</sup> Ein ausführliches Musterbeispiel der nationalsozialistischen Angriffe gegen Groener bietet W. Weiß, Der General Groener, in: Nat. Soz. Monatsh. 1 (1930), S. 131–139.

<sup>24</sup> Für diese ausführliche Stellungnahme zur Presselage hatte Schleicher seine Gründe. Ihm lag daran, „vernünftige“ Artikel gerade in der Rechtspresse zu finden, schon deshalb, weil der Großteil der Offiziere glaubte, „was von dieser Seite kommt, muß richtig sein“. Daher auch das Interesse des Ministeramtes an den Prozeßartikeln vor dem Erscheinen. Neben Schleicher betrachtete besonders Hammerstein in diesen Wochen die Vorwürfe von rechts als schwerwiegend, „weil sie von der Seite kämen, der wir uns selbst zugehörig fühlen“, wie aus einem Briefe Schleichers an Maj. von Müldner, Adjutanten des Kronprinzen, vom 1. Dezember 1930 hervorgeht (Schleicher-Nachlaß, Koblenz). Eine Verständigung mit der deutschnationalen Presse blieb Schleichers besonderes Anliegen, das er über Schmidt und Dr. von Winterfeldt zu verwirklichen suchte (Briefentwurf an den Abg. Schmidt-Hannover vom 12. November 1930) (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

„Deutschen Zeitung“, die ihre damaligen Anschuldigungen gegen den General v. Seeckt auch heute noch aufrechterhält<sup>26</sup>.

#### 7. Angeblicher Linkskurs des R.W.M.

Einerseits wirft man dem Minister „Weichheit gegen Links“ vor, andererseits stellt man die Ulmer Offz. als Märtyrer ihrer nationalen Gesinnung hin, obschon die Forderungen, die sie im Prozeß vorgebracht haben, zum großen Teil dem sozialdem. Parteiprogramm entnommen sind (In Uniform in Arbeiterlokale gehen, nicht mehr 2. Klasse fahren, Beseitigung der Kasinos, vermehrte Beförderung von Mannschaften zu Offizieren).

In Wirklichkeit ist Gerede von Linkskurs Unsinn: Kein einziger der 10 Punkte des soz. dem. Parteiprogramms zur Wehrfrage<sup>26</sup> ist erfüllt! Den Ulmer Leutnants ist entgangen, daß gerade in den Punkten, bei denen das R.W.M. angeblich vor der Sozialdemokratie zurückgewichen sein soll – z. B. Panzerkreuzerfrage – wesentliche Erfolge des Ministers vorliegen. Sie sind eben der Mache der Rechtspresse völlig erlegen. – Seit 1/2 Jahr hat die Sozialdemokratische Partei die Beziehungen zum R.W.M. völlig abgebrochen (seit Briefwechsel d. Min. mit Abg. Künstler); Breitscheid hat damals seinen offiziellen Abschiedsbesuch beim Minister gemacht<sup>27</sup>.

Ein anderer Punkt, der auch von den Ulmer Leutnants vorgebracht wurde und der den „Linkskurs“ des Min. dartun soll, ist der, daß der Min. sich immer mehr von den „Nationalen Verbänden“ entferne, obwohl die Wehrmacht nach außen hin ohne diese Verbände nichts machen könne („als wir eintraten, da sang man noch ‚Hakenkreuz am Stahlhelm, usw., das ist jetzt alles anders geworden“ (Einer der Verteidiger von Scheringer und Ludin)<sup>28</sup>). Die Erfahrung hat bewiesen, daß die „Verbände“ als solche zur Mitarbeit im „Grenzschutz“ u. „Landesschutz“ gänzlich unbrauchbar sind (besonders scharfer Standpunkt des Generals v. Seeckt in dieser Frage!). Sie wollen zwar in diesen Fragen gern im Vordergrund stehen, andererseits aber keinerlei Verantwortung tragen (Schwierigkeit der Div. 1 mit „Feldjägern“)<sup>29</sup>. Also: jeder einzelne nationale Mann soll für L[andes]schutz willkommen sein, „Verbände“ sind als unbrauchbar abzulehnen<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> Schleicher war im Winter 1923/24 als Mitarbeiter Seeckts der eigentliche Organisator des militärischen Ausnahmezustandes gewesen.

<sup>26</sup> Verkündet auf dem Magdeburger Parteitag der SPD im Jahre 1929.

<sup>27</sup> Die Gründe können u. a. auch im Verhalten Groeners gesucht werden, der schon im Winter 1929/30 eine große Koalition, wie sie von der Regierung Müller verkörpert wurde, nicht mehr für allzu zweckmäßig hielt, G. A. Craig, a. a. O., S. 208 f. Am 24. März 1930 hatte Groener an den Gen. von Gleich geschrieben: „Was in meinen schwachen Kräften steht, werde ich tun, um den sich anbahnenden Kurswechsel zu beschleunigen“ (Briefentwurf im Schleicher-Nachlaß, Koblenz). Daß Schleicher Ende März 1930 gegenüber Hindenburg mit dem Rücktritt Groeners gedroht habe, falls Müller erneut mit der Regierungsbildung beauftragt werden würde, behaupten K. Caro und W. Oehme, a. a. O., S. 196 und R. Olden, Hindenburg, Nürnberg 1948, S. 210.

<sup>28</sup> Es handelt sich hier um Zitate aus den Ausführungen eines der Verteidiger im Leipziger Reichswehrprozeß.

<sup>29</sup> Von der Existenz der „Feldjäger“, organisatorisch vom Truppenamt betreut und im Ernstfall für Partisanentätigkeit im Rahmen des Grenzschutzes vorgesehen, waren die zivilen Dienststellen offiziell nicht unterrichtet worden. Schleicher, der zwar über die Feldjäger orientiert war, hat jedoch diese Organisation, die stets neue Vorwürfe gegen das RW M auslöste, nicht gebilligt (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 66).

<sup>30</sup> Vgl. hierzu Notizen für eine Kommandeurbesprechung Ende März 1930: „Alle Bünde vom Übel. Ihr Vorhandensein oder gar die Anerkennung ihrer Tätigkeit bedeutet unerträgliche Deklassierung der Wehrmacht“ (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

Minister Frick hat jetzt jeden Nazi mit Ausschluß aus der Partei bedroht, der sich noch zu den L.-Arbeiten der R.Wehr hergibt<sup>21</sup>!

Bis zu einem gewissen Grade bedauerlich ist, daß die Truppe über die gesamten L.-Arbeiten u. Rüstungsvorbereitungen nach wie vor nicht näher unterrichtet werden kann. Verständlich, daß Jugend ein Ziel sehen will. Auch früher ist [das] nicht mögl. gewesen, allerdings auch nicht so notwendig. Es gibt aber doch Möglichkeit für d.Kdr., darüber zu sprechen: Hinweis auf die Kämpfe, die nötig waren, um das zu erreichen, was ist; der Etat von 700 Millionen ist erhalten, die Hauptmasse davon geht an den Landesschutz!

Nicht so günstig steht die Frage der Wehrhaftmachung der Bevölkerung: Die Innenministerien haben in diesem Punkte das R.W.M. betrogen! Die „Sportvereine“ wurden s. Zt. nur unter der Bedingung an die Zivilbehörden abgegeben, daß sie im Geiste der Wehrhaftmachung weitergeführt würden. Dies geschieht tatsächlich nicht. Das Geld wird vielfach für ganz andere Zwecke ausgegeben (z. B. wird der Antimarineschreiber Albold durch d. R.Innenmin. finanziert, dies Min. hat auch arbeitslose Schauspieler subventioniert, die das Geld benutzen, um „Krach um Lt. Blumenthal“ aufzuführen!) Auch Reichs-Innenminister – Keudell u. Schiele – ist es nicht gelungen, die wehrfeindlichen Giftmänner im Innenministerium zu beseitigen. Minister hat jetzt Forderung gestellt, daß Geld an Verbände nur noch mit Einverständnis des Wehrmin. gegeben werden darf. Min. hofft, die Dinge, die damals in zu großer Gutnützigkeit aus der Hand gegeben wurden, wieder mehr an sich zu bringen<sup>22</sup>.

8. Gesetze gegen Landesverrat sind anerkanntermaßen unzureichend. Es wird versucht, ein Gesetz oder eine Verordnung gegen „Staatsverleumdung“ zu schaffen.

9. „Kultur- u. Salonbolschewismus“ (Theater, Filme, Literatur). Reich kann hierin kaum etwas tun. Ein Teil der Länder aber ist blind gegen diese Gefahren. (Alle vorstehenden Angaben sind in der Erklärung des Reichskanzlers über die Wehrmacht enthalten.)

### Politische Lage.

Beurteilung der Nationalsozialistischen Bewegung<sup>23</sup>.

D.N(ational)s[ozialistische] Partei hat 3 Arten von Wählern:

- a) Die Idealisten. Alle die, die aus Idealismus u. patriotischer Begeisterung im Freiheitskampf und in der Auflehnung gegen die Knechtschaft die Hauptforderung des Tages sehen. Zu diesem Teil der Wähler gehören vor allem die Studenten.
- b) Die materiell und ideell Entrechteten. Sie sind die große Masse der natsoz. Wähler!  
materiell Entrechtete: Die Landwirtschaft (namentlich im Osten) und d. Mittelstand, also die beiden Schichten, denen es früher gut ging u. die im neuen Staat entweder schon alles verloren haben oder demnächst verlieren werden.

<sup>21</sup> Die derzeitige Einstellung der NSDAP zur Reichswehr zeigt A. Hitler, Reichswehr und deutsche Politik, in: Nat. Soz. Monatsh. 1 (1930), besonders S. 101–103. Hieraus ist die ablehnende Haltung gegenüber einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Landesschutzes ausreichend zu erklären.

<sup>22</sup> Einzelheiten über den Grenzschutz Ost und den seit 1927 sogenannten Landesschutz bei W. Görlich, Der deutsche Generalstab, Frankfurt a. M. 1950, S. 359–361.

<sup>23</sup> Die nachstehenden Ausführungen Schleichers waren angesichts des Leipziger Prozesses und der neuen Verhältnisse im Reichstag (erster Zusammentritt: 13. Oktober 1930) von besonderem Interesse.

ideell Entrechtete: Die uns nahestehenden Kreise, die auf geringe Pensionen angewiesen, die ihr gesellschaftliches Ansehen eingebüßt haben und die, ohne es ändern zu können, mit ansehen müssen, wie alles das, was ihnen früher als heilig u. unantastbar galt, heruntergerissen u. verächtlich gemacht wird: Religion, Kirche, Schulen, Theater, Fürstenhäuser. – Dazu auch die, die früher als Beamte in solchen Staatsstellungen saßen, die jetzt nur noch auf Grund des Parteibuches besetzt werden.

- c) Der Teil, der im Grunde des Herzens zu den Kommunisten gehört. Er ist zwar nicht der zahlreichste, wohl aber der aktivste und daher der gefährlichste Teil der Wähler.

Programm der Nationalsozialistischen Partei: Sie haben jeder der drei Wählergruppen etwas versprochen oder vielmehr: sie haben ihnen nahezu alles versprochen, was diese wollten. Dies [macht] keine Schwierigkeiten, solange man in d. Hauptsache nur Wahlagitation zu treiben braucht. Schwierigkeiten müssen natürlich eintreten, sobald ihre Oppositionstellung sie zwingt, ihr Programm näher auszuführen und wenn sie gar selbst in Regierung oder Verantwortung kommen sollten.

Den nationalen Teil des Programms kann wohl jeder unterschreiben, auch wenn man Forderungen, wie die „Kündigung der Friedensverträge“, nur als ein Ziel, nicht aber als etwas z. Zt. Ausführbares ansieht. Wichtiger als derartige Forderungen, deren Erfüllbarkeit die Einsichtigen zur Zeit natürlich selbst nicht für gegeben halten, ist die durch die Nat. Soz. Bewegung in Gang gebrachte Entrüstungswelle gegen Bolschewismus, Landesverrat, Schmutz u. s. w. Hierin wirkt die Nat. Soz. Agitation ohne Zweifel außerordentlich aufrüttelnd und es ist durchaus möglich, daß diese Welle von der Regierung benutzt werden kann, um viele Gesetze jetzt vorwärtszubringen, die bisher stecken geblieben sind. (Gegen Landesverrat, Staatsverleumdung, Verschandelung der Theater und Filme, Verderbung der Jugend u. der Schulen.)

Bei dem sozialen Teil des Programms ist irgendwelcher Optimismus durchaus fehl am Ort! Der Ansicht, daß die sozialistischen Forderungen der Nazi „nicht ernst gemeint“ seien, muß man durchaus entgegen treten. Sie sind doch ernst gemeint und ihr Kern ist kaum etwas anderes als „reiner Kommunismus“. (Gleichmachung der Gehälter, Einziehung aller Gewinne seit 1914, Verstaatlichung der Banken u. s. w.) Es ist kein Zweifel, daß Moskau die Geistesverwandtschaft der Nazi mit sich selbst bereits lange erkannt hat und diese ausgiebig unterstützt<sup>84</sup>.

Einstellung zur Wehrmacht: Wenn Hitler im Ulmer Prozeß erklärt hat: „Wir wollen, daß die Wehrmacht intakt bleibt“, so ist dies neu. Bisher haben sie klar u. planmäßig an der Politisierung der Armee gearbeitet und dabei vor allem versucht, eine Kluft zwischen Führern und Geführten, zwischen dem älteren u. jüngeren Teil des Offz. Korps aufzureißen. Ziel ist „Wehrmacht als nationalsozialistische Parteitruppe“. Wer glaubt, daß dies möglich ist, hat von der Psyche unserer Truppe keine Ahnung. Würde es den Nazi gelingen, den jungen Teil des Offz. Korps für sich zu gewinnen, so würde die Truppe daran zerbrechen, wie bei jedem anderen Versuch, sie anders als in den legalen Bahnen zu verwenden. Das Verhalten der Ehrhardt-Brigade während des Kapp-Putsches ist ein Beispiel für das, was mit der Truppe geschehen würde. Beim ersten Anzeichen aber, daß Wehrmacht nicht gehorcht u. der Führung entgleitet, würden die Radikalen ihre Stunde für gekommen sehen u. das Land stände in Flammen.

<sup>84</sup> Es ist nicht anzunehmen, daß Schleichers Bemerkungen über die sozialen Ziele der NSDAP von taktischen Rücksichten bestimmt wurden, obgleich er als „sozialer General“ galt. Die Befürchtungen vor dem „zu radikalen“ Programm dieser Partei waren damals allgemein verbreitet.

Daß Moskau die Zersetzung der Wehrmacht, die ihm auf dem Wege über den Kommunismus bisher hoffnungslos fehlgeschlagen, jetzt über den Nationalsozialismus versucht, steht fest.

Taktik der Nazis: Sie wollen nicht in die Regierung; Forderungen, wie die ihrigen, kann nur einer aufstellen, der wohl agitieren, nicht aber Verantwortung tragen will. Auch D. Nat. haben bereits eingesehen, daß Nazi zur Zeit nicht zur Beteiligung an Regierung zu haben sind. Was Nazi wollen, ist: baldige erneute Auflösung des Reichstags u. Fortführung ihrer Agitation, in der Hoffnung, dann im nächsten Reichstag mit über 200 Mandaten zu einer ausschlaggebenden Machtstellung zu kommen.

Der Gedanke einer Reichsregierung Nazi bis mindestens Zentrum ist daher eine Utopie! Die Nazi wollen nicht und das Zentrum ist für dies Zusammengehen auch unter keinen Umständen zu haben. — Was wollen aber unter diesen Umständen die Deutschnationalen? Ihre Möglichkeiten, politisch zu wirken, sind ja gegenwärtig außerordentlich gering: Eine Linksregierung können sie nicht verhindern, man braucht sie dazu nicht; soll aber mit Rechts regiert werden (d. h. ohne Sozi u. Demokraten), so reichen die D.Nat. dazu wieder nicht, sondern man braucht die Nazi! Dies ist gegenüber den Möglichkeiten, die D. Nat. im alten Reichstag hatten, eine ungeheuerliche Verschlechterung ihrer Position! Im alten R. hatten sie die Möglichkeit, die Reg. Politik auf Jahre hinaus entscheidend zu beeinflussen! Diese große Position ist aufgegeben. Hugenberg hat die Partei von 111<sup>35</sup> auf 41 Abg. gebracht und sie parlamentarisch-taktisch einflußlos gemacht. Was D. Nat. jetzt erstreben, ist: Rücktritt der Regierung; neue parlament. Regierung v. D. Nat. bis Zentrum mit Duldung der Nazi u. freundwilliger Haltung der Sozi. Für die Verwirklichung dieses Planes fehlen alle Vorbedingungen. Der Plan einer Regierung mit Rechtsmehrheit ist also angesichts der Haltung der Nazi undurchführbar!

Mitte allein (D[eutsche] V[olkspartei] — Zentrum) ist zu schwach!

Also Mitte und Links (D. Vp. — Sozi). Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß einzelne Maßnahmen v. geringerer Bedeutung mit dieser Mehrheit durchzubringen wären. Feste Koalition kommt nicht in Frage. Bei jedem Zugeständnis an die Sozi (u. ohne Zugeständnisse an sie geht es natürlich nicht!) würde die rechte Gruppe (D. V. P.) ausbrechen. Auch dies geht daher nicht! — Es bleiben daher 2 Möglichkeiten:

1. Regierung legt ihre Maßnahmen d. Reichstag vor und überläßt es ihm, zuzustimmen oder nicht. Das kann zunächst gehen, da Sozi möglicherweise — ebenso wie Anfang Oktober — mitmachen. Auf d. Dauer geht es nicht, Etat z. B. ist so nicht durchzubringen.
  2. Reichspräsident regiert mit § 48 ohne Reichstag, nachdem dieser d. Beweis geliefert hat, [daß] es nicht anders geht.
- Entscheidung wird sehr bald nach Wiederezusammentritt d. Reichstags fallen, wahrscheinlich im 2. Sinne. Schwache Möglichkeit besteht, daß sich eine Mehrheit für erneute Vertagung bis April findet.

#### B. Minister führt aus<sup>36</sup>

1. Freude an der Truppe im Manöver, vor allem an d. jungen Offz., wäre ihm durch Ulm stark getrübt. Er hätte für d. verurteilten Offz. nicht d. geringste Sympathie; sie hätten

<sup>35</sup> Diese Zahl ist nicht zutreffend. Die DNVP sank von 103 (1924) über 78 (1928) auf 41 Mandate (14. September 1930).

<sup>36</sup> Zu den folgenden Ausführungen Groeners vgl. die von ihm aufgesetzten Besprechungsnotizen, die R. H. Phelps, a. a. O., S. 920ff. wiedergibt.

1. ihre Vorgesetzten belogen u. getäuscht,
2. die obere Führung – vor allem ihn, d. Min., selbst verleumdet, indem sie ihm „Linkskurs“ vorwarfen u[nd] s[einen] Wehrwillen anzweifelten.

Wenn pol. Tollhäusler dies täten, so wäre ihm das gleich; wenn aber die eigenen Untergebenen sich zu derartigem verstiegen, so stünde es auf einem anderen Blatt.

Er habe nur ein Ziel: die Förderung der Wehrmacht u. der Wehrhaftigkeit, damit Heer u. Volk eines Tages bereit seien. Er könne seine Pläne u. Ziele nicht hinausrufen, kein Führer könne das. Das Erreichen des Zieles im Sturm, wie d. Jugend es gern will, ist unmöglich. Man müsse Geduld haben und die Hindernisse Stück um Stück beseitigen. Die Führung dabei gebühre reifen, erfahrenen Männern, nicht der schwärmerischen Jugend.

Für d. Wehrmacht wäre Einheitlichkeit u. innere Geschlossenheit mehr als je nötig. Nur eine über allen Parteien stehende Wehrmacht würde in der Lage sein, den Aufgaben, die sich ihr möglicherweise schon in naher Zukunft in der inneren Politik gegenüberstellen würden, zu erfüllen. Wahrhaftigkeit u. Kameradschaft müßten die Grundpfeiler der Wehrmacht sein; die Ulmer Offz. hätten diese Pflicht aufs gröblichste verletzt.

2. Zur innerpol. Lage: Er habe dem Reichskanzler zugesagt, ihm bei Durchführung seiner schweren pol. Aufgabe mit der Wehrmacht durch dick und dünn zu unterstützen!

#### C. Chef d. H[erres-]L[eitung]

1. Stehe unbedingt hinter d. Minister, dessen Worten er in jeder Hinsicht zustimme. Wer den Minister anzweifle oder angreife, tue dies auch gegen seine Person.
2. Stimmt Wort für Wort mit dem Erlaß d. Ministers betr. Pflichten der Kdre. überein<sup>37</sup>.
3. Wünscht, daß in Kasinos u. Lesezimmern nicht nur einseitig d. Rechtspresse ausliege; vor allem der Teil, der sich in letzter Zeit ausgesprochen wehrfeindlich gezeigt habe (Kreuzzeitung). Es gäbe genügend anständige Rechtsblätter.
4. Scharfe Verurteilung des Klatsches im Heere, womit in d. Hauptsache herabsetzende Äußerungen über Min. u. vorigen Ch. H. L. gemeint. Vorwurf träfe vor allem das R.W.M. selbst!
5. Es müsse dafür gesorgt werden, daß Erlasse von oben tatsächlich nach unten durchdringen.

Die Beurteilung der NSDAP durch das Ministeramt muß an den Erkenntnismöglichkeiten des Jahres 1930 gemessen werden. Der Satz „Ziel ist Wehrmacht als nationalsozialistische Polizeitruppe“ ist unter diesen Umständen sehr bemerkenswert. Andererseits fehlt noch die Auseinandersetzung mit der Person Hitlers. Einstweilen überwog der Gedanke, die sich in der Partei manifestierende „nationale Entrüstungswelle“ für die Zwecke der Wehrpolitik auszunutzen.

Seit dem Zusammenbruch der Großen Koalition im März 1930 waren für die Reichswehrführung gewisse Rücksichten nach links entfallen. Die Position der Wehrmacht im innerpolitischen Getriebe wandelte sich unter der Regierung Brüning weiter – wahrscheinlich jetzt deutlicher wahrnehmbar als zuvor. Den

<sup>37</sup> Wahrscheinlich handelt es sich um den bei G. A. Craig, a. a. O., S. 207 Anm. 37 zitierten Erlaß.

Ausführungen Groeners ist der Wille zu entnehmen, die Arbeit des Reichskanzlers nachhaltig zu unterstützen<sup>38</sup>. Entscheidend aber wurde für die weitere Entwicklung, daß durch die Notverordnungs politik Präsident und Kanzler in weit stärkerem Maße zusammenwuchsen, als die Interpreten der Reichsverfassung es für möglich und nötig gehalten hätten. Dadurch sah sich auch die Reichswehrführung einer neuen Situation gegenüber. Aus der Krise des Staates ergaben sich für sie neue Aufgaben und Möglichkeiten, die sie durch die behutsame Handhabung eines — teils ange maßten, teils ihr stillschweigend überlassenen — „ius interpellandi“ zu erfüllen suchte<sup>39</sup>.

Die aktivere Wehrpolitik, wie sie Groener vorschwebte, bedurfte indes einer nachdrücklichen Sanktionierung auf dem Felde der Außenpolitik. Auch Brüning vertrat von sich aus den Gedanken, die allgemeinen Abrüstungsbesprechungen mit dem Prinzip der militärischen Gleichberechtigung des Reiches zu verbinden. So nahm man im Reichswehrministerium an den damaligen Besprechungen in Genf, welche die für 1932 geplante Abrüstungskonferenz vorbereiten sollten, regen Anteil, ohne sich jedoch allzu großen Hoffnungen hinzugeben. In dieses „Vorstadium“ führt eine Ansprache Hammersteins in Kassel vom 24. April 1931.

## Nr. 2.

1931 April 24, Kassel. Ansprache des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord vor Offizieren des Gruppenkommandos 2.

Handschriftliche Aufzeichnung des Gen.Maj. Liebmann auf Grund von Bleistiftnotizen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 7.

### Besprechung des Ch. H. L. am 24. 4. 31 in Kassel

1. Außenpolitik. D. deutsche A[ußen]pol[itik] ist in den letzten Jahren in absolut gerader Linie geführt. Sie sucht Anlehnung an Moskau, solange der Westen nicht bereit ist, etwas Ähnliches wie Gleichberechtigung zu gewähren. Verhältnis zu M[oskau] ist Pakt mit Beelzebub. Aber wir haben keine Wahl. Aus Angst vor innerpol. Rückwirkungen darauf verzichten, wäre falsch. „Angst ist keine Weltanschauung“ (Seeckt)<sup>40</sup>. Das Verhältnis zu M[oskau] wird — namentlich im Osten — vielfach falsch verstanden<sup>41</sup>.

<sup>38</sup> Vgl. dazu aus dem Briefe Groeners an seinen Freund, Gen.Maj. a. D. Alarich von Gleich, vom 28. Dezember 1930: „Mit dem Kanzler ist es ausgezeichnet zu arbeiten . . . Ich habe mit ihm einen festen Pakt geschlossen, und solange der Reichspräsident mit uns geht, werden wir mit dem Parlament so oder so fertig werden . . .“ R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten VI, Die Briefe an Alarich von Gleich 1930—32, in: Dtsch. Rdsch. 76 (1950), S. 1015.

<sup>39</sup> Vgl. hierzu die Worte Groeners nach den Herbstmanövern 1930: „Im politischen Geschehen Deutschlands darf kein Baustein mehr bewegt werden, ohne daß das Wort der Reichswehr ausschlaggebend in die Waagschale geworfen wird“, R. Fischer, a. a. O., S. 38.

<sup>40</sup> Hammersteins Deutung der deutschen Außenpolitik „in den letzten Jahren“ ist auch dann noch in ihrer Simplifizierung irreführend, wenn man seine Absicht bedenkt, „ad usum delphini“ zu sprechen. Von den wirklichen Intentionen Brünnings wußte die Generalität, ausgenommen vielleicht Schleicher, nichts. Letzterer machte zuweilen eigene Versuche, zu einer Verständigung mit Frankreich zu kommen. Jedoch erfuhr ein Trinkspruch Hammersteins

Außenpol. Lage steht vor Änderung: letzte 12 Monate vor Abrüst[ungs] Konferenz. Es schien bei Frankreich Neigung zu sein, sich vor Konferenz mit uns auseinanderzusetzen. Dabei äußerste Vorsicht nötig; sehr zweifelhaft, ob dabei irgend etwas herauskommen kann. Keine Illusionen bezgl. des Ergebnisses der Abrüstungs-Konferenz. Möglichkeit, diese vorzubereiten, sehr begrenzt: England verkauft uns mit Sicherheit für d. Seeabrüstung. Italien noch schlimmer, hat großes Maul, nimmt aber sicher das größere Angebot -- französisches Geld -- an. Wahrscheinlichkeit, daß praktisch nichts herauskommt, sehr groß; das einzige ist vielleicht eine Änderung unserer Rechtslage: Abrüstung gescheitert, also Handlungsfreiheit. Dies ist aber durchaus theoretisch! Praktisch sind unsere Möglichkeiten begrenzt; einmal so, daß wir nichts tun können, was zum Kriege oder nur zur Annahme eines Ultimatums führen könnte; zweitens durch Finanzlage. Bernstorff<sup>42</sup> hat Interessen der Wehrmacht mit größter Geschicklichkeit vertreten u. verdient unseren Dank!

2. Innenpolitik. Es schien seit Wahlen am 14. 9., daß eine entscheidende Änderung der innenpol. Lage eingetreten sei. Starke nationale u. starke kommun. Welle. Das Heer muß über d. Parteien stehen, mit den gen[annt]en großen Strömungen muß es sich aber auseinandersetzen. Die nationale Welle ist durchaus erfreulich; die Grenze liegt aber da, wo sie anfängt, revolutionär zu werden. Den Nazi ist kein Zweifel darüber gelassen, daß sie bei jedem Versuch der Illegalität mit schärfsten Mitteln bekämpft werden. Wenn nicht alles trägt, hat dies Hitler veranlaßt, sich streng auf den Boden der Legalität zu stellen. Er will dies wirklich, nicht nur scheinbar! Es sind aber Anzeichen, daß die nat[ionale] Welle bereits rückwärts rollt. Viele Unzufriedene gehen zu d. Kommun. zurück, wo sie hergekommen. Von den 107 Nazi-Abgeordneten sind 105 kleine Leute. Schärfste Aufmerksamkeit ist jetzt wieder auf d. kommun. Bestrebungen gegenüber d. Heer notwendig; dies war in [den] letzten Jahren kaum noch nötig, jetzt aber wieder. Fürstenwalde ist eines der ersten Anzeichen für die verstärkte kommun. Aktivität.

3. Folgerungen für d. Heer. „Nationaler Schwung“. – Wir sind keine Leisetreter. Wir, die wir s. Zt. Deutschland vor dem Chaos retteten<sup>43</sup>, sind nationaler als die Radikalinski aller Richtungen. Schrofte Abwehr des ganzen Heeres gegen die Annäherungen von rechts nötig; die von links kümmert uns nicht.

„Geschlossenheit“ und „Disziplin“. Hierüber nichts zu sagen.

„Kriegerischer Geist“ beruht auch darauf, daß man weiß, wozu man da ist. Zweifel im Heere hierüber eigentlich unerklärlich. Rühren vielleicht daher, daß Truppe jahrlang mit Mob[ilmachung] nicht befaßt. So vielleicht Anschauung der Ulmer ent-

beim Abschied des französischen Militärattachés, Gen. Tournès, am 10. November 1930 („... Die deutsche Armee ist einer gerechten und ehrlichen Verständigung, aus der sich eine ehrliche Freundschaft entwickeln könnte, nicht entgegen. Allerdings muß hierbei von dem Prinzip der Gleichberechtigung ausgegangen werden. Ein Unterdrückter wird nie mit seinem Unterdrücker ehrlich Kameradschaft schließen und nur echte Kameradschaft hat Wert. In diesem Sinne erhebe ich mein Glas...“) in Paris nur ein ablehnendes Echo (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

<sup>41</sup> Mit „Osten“ ist wohl Ostdeutschland gemeint.

<sup>42</sup> Johann-Heinrich Graf von Bernstorff (1862—1939), früherer Botschafter in Washington und Konstantinopel, war nach 1926 Vertreter des Deutschen Reiches in der Abrüstungskommission des Völkerbundes.

<sup>43</sup> Offizielle Auffassung nicht nur Hammersteins, sondern der Reichswehrführung überhaupt. Vgl. dazu E. M. Marcks, Staat und Wehrmacht, in: Wissen und Wehr 11 (1930), bes. S. 74. E. M. Marcks, der Sohn des bekannten Historikers Erich M., war damals Major und Pressereferent im RWM. Er fiel am 19. Juli 1944 als Komm. Gen. des LXXXIV. A. K. in Frankreich.

standen. Jeder Vernünftige sollte sich aber sagen, daß alles geschieht, was möglich, auch wenn er selbst nicht daran beteiligt. Die jetzt stärkere Beteiligung d. Truppe wird hoffentlich bewirken, daß Zweifel aufhören<sup>44</sup>.

Ausbildungsverfügung sehr lang, als Änderung gegen d. Bisherige auch sehr entscheidend<sup>45</sup>. Nun aber keine Zusätze! Keine Extrabefehle der Zwischenvorgesetzten, wo nicht ausdrücklich verlangt. Komp[anie-]Chefs sollen selbständig arbeiten. Nur dann wird Dienstfreudigkeit erhalten. Rgts.Kdre sollen zufrieden sein, wenn sie sich darauf beschränken können, Auswüchse und Unrichtigkeiten zu beseitigen, u. nicht Nase in alle Details stecken brauchen.

4. Folgerungen für Heeres-Leitung. Wird unbeirrt von allen Einflüssen d. Interessen des Heeres vertreten. Keine Ausbaumöglichkeit wird verpaßt werden. Alle Feinde d. Heeres werden bekämpft, hauptsächlich auch die Nörgler von rechts. Angriffe gegen Minister und H.L. sind Angriffe gegen das Heer, die von allen bei jeder sich bietenden Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit u. ohne Rücksicht auf gesellsch. u. sonstige Stellung des Angreifers zurückgewiesen werden müssen<sup>46</sup>. Wer die Führung angreift, hetzt die Untergebenen gegen d. Vorgesetzten auf u. greift an die Grundlagen der Disziplin!

5. Schluß. Es geht uns z. Zt. sehr gut: Wir haben den Feldmarschall als R.Pr., einen ausgezeichneten Mann als R.Kanzler, der neben seinen sonstigen Fähigkeiten auch außerordentlich viel Herz für alles Mil[itärische] hat (im Kriege M.G. Komp.Chef), einen Minister, der für unsere parlamentarische Vertretung hervorragend ist<sup>47</sup>. Kein anderer hätte so viel für das Heer durchgesetzt, daneben grund-anständiger Mensch!

Es kann aber noch mal anders werden: die Zeit, wo ein anderer R.Pr. an der Spitze steht, rückt näher. R.Kanzler u. Minister können wechseln. Dann kann unsere Lage ganz anders werden. Auch dann muß das Heer die Probe bestehen, Recht u. Gesetz aufrechtzuerhalten!

„Es geht uns zur Zeit sehr gut“ — hinsichtlich des Verhältnisses Hindenburg-Brüning-Groener-Schleicher mag diese Feststellung nach dreivierteljähriger Anwendung des Artikels 48 ihre Berechtigung haben. Man darf aber nicht übersehen, daß auch nach den Versuchen, die Auswirkungen der Ulmer Vorkommnisse zu bereinigen, die Kritik innerhalb und außerhalb des Heeres nicht verstummt. Es gab

<sup>44</sup> Hammerstein meint damit eine gründlichere Orientierung der Truppe über Mobilmachungsvorbereitungen, welche bislang völlig getrennt von den Regimentern usw. gelaufen waren.

<sup>45</sup> Die neueren Erkenntnisse in der Truppenausbildung vermittelt der Aufsatz von F. Halder, Erziehung und Ausbildung des Berufsheeres, in: Wissen und Wehr 12 (1931), S. 12–23. Halder gehörte damals als Oberstleutnant zur Heeres-Ausbildungsabteilung (T 4) im Truppenamt.

<sup>46</sup> Dieser Satz bezieht sich auf Hammersteins Erlaß vom 29. Januar 1931 (Nr. 249/31 PA [2]) an die aktiven und ausgeschiedenen Generale des Reichsheeres, der sich gegen unberechtigte und unbegründete Kritik an Maßnahmen der Heeresleitung wendet und sogar die Möglichkeit erkennen läßt, ausgeschiedenen Offizieren, welche die gebotene Zurückhaltung hatten vermissen lassen, das Recht zum Tragen der Uniform des Reichsheeres aberkennen zu lassen.

<sup>47</sup> Mit Hilfe seiner Etatreden vor dem Haushaltsausschuß (9. März) und vor dem Reichstag (20. März 1931) war es Groener gelungen, den neuen Haushalt von Heer und Marine ohne größere Schwierigkeiten durchzubringen.

Offiziere, wie den Oberstleutnant von Rabenau (damals Ia beim Gruppenkommando 2 in Kassel), der etwa in Gesprächen mit dem Gen.Maj. Liebmann den verabschiedeten Gen.Ob. von Seeckt immer noch als den möglichen „Fels“ im Flusse parteipolitischer Strömungen ansah, also einen Chef der Heeresleitung, der politisch ungebunden sein, aber doch als politischer Faktor ins Gewicht fallen würde. Seeckt, seit dem 14. September 1930 als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei im Reichstag, hatte zuletzt am 9. März 1931 im Haushaltsausschuß zum Ausdruck gebracht, daß nach seinen „reiflichen Überlegungen“ der Leipziger Prozeß nicht nötig gewesen wäre, und dabei auch das problematisch gewordene Vertrauen der Truppe zur Führung berührt. Dieses Vertrauen, insbesondere das der Jugend in der Truppe, müsse erhalten und gepflegt werden. In einem Briefe vom 16. März 1931 an Seeckt wies Hammerstein mit Nachdruck auf die Auffassung des Ministeriums hin, begründet durch § 147 a M.St.G.B., und gab dieses Schreiben anschließend den Kommandeuren des Heeres bekannt<sup>48</sup>.

In der Einleitung war auf die Verlagerung des militärpolitischen Schwerpunktes in der Zeit nach 1926 hingewiesen worden. Daß es dazu gekommen war, lag indes nicht allein, wie vielfach angenommen wird, an dem zunehmenden Einfluß Schleichers, sondern ergab sich auch aus der Wirksamkeit Heyes. Dieser hatte es zwar vermieden, die Seecktschen Auffassungen zu übernehmen, es aber auch nicht verstanden, zwischen der „Seecktschen Richtung“ sowie den stürmischen Anschauungen der Jugend einerseits und der notwendig loyalen Einstellung des RWM andererseits eine eigene mittlere Linie zu finden. Auch Hammerstein begnügte sich damit, lediglich Groeners Politik und Position zu stützen, und war nicht in der Lage, in der richtigen Weise der immer wieder auftretenden Kritik den Boden zu entziehen.

Das gute Einvernehmen der Reichswehrführung mit den Spitzen des Reiches erfuhr am 9. Oktober 1931 durch die Umbildung des Kabinetts Brüning eine weitere Intensivierung: der Reichskanzler wurde für den ausgeschiedenen Curtius mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Außenministers betraut, Groener dagegen übernahm als Nachfolger Wirths zusätzlich die Leitung des Reichsinnenministeriums<sup>49</sup>. In diesem Augenblicke hatte das Präsidialsystem der Weimarer Spätzeit seinen Höhepunkt erreicht; jede Störung dieser neuen, im Grunde sehr anfälligen Konstellation mußte von jetzt an den Anfang vom Ende bedeuten.

<sup>48</sup> Erlaß Chef der Heeresleitung Nr. 622/31 PA (2) vom 16. März 1931.

<sup>49</sup> Der Vorschlag, Groener auch zum Reichsinnenminister zu ernennen, stammte von Schleicher. Vgl. die Bemerkungen des Gen. von Noeldechen (damals Adjutant Schleichers) in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 273.

## Nr. 3.

1932 Januar 11 und 12, Berlin. Ausführungen des Gen. Lt. von Schleicher und des Reichswehrministers Groener auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschriftliche Aufzeichnungen sowie Bleistiftnotizen des Gen. Lt. Liebmann als Grundlage für eine Kommandeurbesprechung im Wehrkreis V am 8. Februar 1932. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 9—15.

Befehlshaberbesprechung am 11. u. 12. 1. 32 in Berlin.

Minister Groener (Gen. v. Schleicher)

**Außenpolitik. Welcher Gedanke liegt der A.Pol. Brünings zugrunde? Isolierung Frankreichs in allen wichtigen Fragen<sup>50</sup>!** Legt man dies zugrunde, dann Erfolg Br[ünings] in d. Augen springend. Nahezu die ganze Welt, d. Vasallen Frankreichs eingeschl., sind s[ich] heute klar darüber, daß Fr. das Haupthindernis für eine Gesundung der pol. u. wirtsch. Weltlage darstellt.

1. Reparationsfrage. Lage heute einwandfrei so, daß alle Hauptbeteiligten — außer Frkr. — der Ansicht sind: Fort mit Rep[arationen] u. Kriegsschulden. Amerika vertritt diesen Standpunkt vielleicht am schärfsten, will allerdings Kr[iegs-] Schulden nur streichen, wenn Repar. aufgehoben werden. Fr. dagegen kämpft für Aufrechterhaltung des Young-Planes, um Hand an Deutschlands Gurgel zu behalten.

Rep.Konferenz wird voraussichtlich so verlaufen, daß Frkr. die Entscheidung hinauszuschieben versuchen wird, mindestens bis nach den Kammerwahlen; also vorläufige Lösung auf etwa 1/2 Jahr. Augenscheinlich haben sich Fr. u. Engld. auf dieses Kompromiß (das bekanntlich auf den Präs. d. Bank v. England Montagu Norman zurückgeht) bereits geeinigt. Wie wird Brüning sich dazu stellen? Er wird erklären: Auch in [einem] 1/2 Jahr kann D[eu]tschland nicht zahlen; es kann auch später nicht zahlen, denn eine Besserung der Verhältnisse, die Zahlen ermöglichte, liegt außerhalb alles Möglichen. Und selbst wenn eine Besserung eintreten sollte, so wird man doch nicht den bisherigen Wahnsinn noch einmal machen u. damit wieder alles zerstören!

2. Stillhalteabkommen. Auch hier steht Fr. einer nahezu geschl. Front aller anderen Mächte gegenüber. Es vertritt fanatisch den Standpunkt: „vor den Wirtschaftsschulden kommen die pol. Schulden“, was es ohne weiteres kann, da Fr. uns bekanntlich nichts geborgt hat. Die anderen Gläubiger D[eu]tschlands auf wirtsch. Gebiet dagegen überlegen ruhig u. sachlich, „wie können wir unser Geld — oder wenigstens einen Teil davon — von D. wiederkriegeln!“

Wahrscheinlich ist eine baldige Einigung trotz Frankreich. Nur ist zu wünschen, daß das neue sog. „Stillhalteabkommen“ besser sein wird als das erste. Bei diesem sind nämlich trotzdem etwa 1,2 Milliarden Kredite aus D. ins Ausland zurückgeflossen, was dann d. bekannten Wirkungen ausgelöst hat. Das neue Abkommen wird also so sein müssen, daß wirkl. alle Lücken geschlossen sind, also nichts aus D. hinaus kann, u. es wird ferner den Zinssatz in vernünftiger Weise regeln müssen als d. bisherige Abkommen.

<sup>50</sup> Ein derartig knapp zu formulierendes Ziel konnte sich Brüning auf Grund der außenpolitischen Position des Reiches niemals setzen. Allerdings führte die Politik Frankreichs in diesen Monaten zu einer gewissen Selbstisolierung.

3. Abrüstung: Hier werden d. Fronten auf der Konferenz anders sein, da hinter Fr. geschlossen seine Vasallen stehen.

Frs. Standpunkt: „Sicherheit“ ist d. Sicherheit Frankreichs! – Fr. muß s. Wehrmacht in vollem Umfang erhalten, da d. Sicherheit (sprich s. Sicherheit) sonst nicht gewährleistet. – Fr. ist bereit, an der Schaffung internationaler Exekutivorgane – V[ölker]b[und]-Armee, internat. Luftflotte – mitzuwirken, die ihm gestatten würden, abzurüsten. – D.frz. Propaganda für die Abr.Konferenz ist im übrigen nicht ganz glücklich verlaufen: Seitdem d. Ausland sieht, daß H[err] Foerster u. Konsorten die Hauptgewährsmänner Fr.s bei s. Behauptungen über deutsche Rüstungen sind, ist man skeptisch geworden<sup>61</sup>. Der franz. Versuchsballon, wie man sich wohl zu einem Investigationsanfrage Fr.s stellen würde, hat mehr geschadet als genützt. Es ist kaum ein Zweifel, daß ein Invest. Antrag Fr.s die Konferenz sprengen würde. Er wird also unterbleiben. D. deutschen Standp. dazu hat Noske in B.Z. z. Ausdruck gebracht (d. Staatsm[ann], der zustimmte, würde mit Recht wie „räudiger Hund“ erschlagen werden)<sup>62</sup>.

Im Gegensatz zu Rep. u. Stillehaltung, wo die anderen Mächte entscheidende u. endgültige Lösung anstreben, sind sie bei Abrüstung aber ausgesprochen kompromißbereit: Abrüstung nur etappenweise durchführbar.

D. Stärke von Deutschlds. Stellung beruht darauf, daß wir sagen können: „Wir verlangen nichts für uns, Ihr sollt nur auf unser Niveau herab!“ Dies wird unsere Formel sein; sie ist schärfer als „wir wollen aufrüsten“ u. (weil Konkurrenz mit Fr. für uns finanziell ausgeschlossen) ohne Zweifel die richtige u. gegebene Taktik. Erwünscht, daß dieser Standpunkt auch in Lokalpresse (d. d. Beeinflussung durch W[ehr]K[r]eis-K[omman]d[o]s unterliegt)<sup>63</sup> vertreten wird. Nie von Aufrüstung reden, sondern immer nur Abrüstung der anderen fordern! Scheitert d. Konferenz u. nehmen wir uns dann d. Freiheit zu rüsten, so haben wir Weltmeinung für uns.

Verlauf: Vermutl. Verschleppung des entscheid. Teils der Konferenz bis nach d. franz. Wahlen. Bis dahin wunderbare Reden, an denen s[ich] D. möglichst spät beteiligen wird.

Im allg. Hoffnung, daß auf allen 3 Konferenzen Dinge nicht ungünstig für uns verlaufen werden. Minister hat zur derzeitigen Politik des A[uswärtigen]A[mtes] volles Vertrauen u. betonte das ausgezeichnete Zusammenarb. des A. A. mit R.W.M.

### Innenpolitik.

1. Verlängerung der Wahl<sup>64</sup> des R.Präs. Noch nicht entschieden<sup>65</sup>. Gründe: Nazi bis Sozi im gr. der Ansicht: „H[indenburg] muß bleiben.“ Auch Nazi u.

<sup>61</sup> Zur Tätigkeit F. W. Foerstlers auf diesem Gebiete vgl. dessen Memoiren „Erlebte Weltgeschichte 1869–1953“, Nürnberg 1953, S. 402 ff. Die damalige offizielle Auffassung der Dinge bei A. von Carlowitz, Pazifismus und Landesverrat, in: Wissen und Wehr 12 (1931), S. 194–215. Carlowitz, ein Mitarbeiter Schleichers, war Zivilreferent für juristische Fragen im RWM.

<sup>62</sup> Dieser Artikel war auf Schleichers Veranlassung geschrieben worden, G. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach a. M. 1947, S. 288. Noske, von 1919 bis 1920 sozialdemokratischer Reichswehrminister, von 1920 bis 1935 Oberpräsident der Provinz Hannover, stand in Reichswehrkreisen immer noch in gutem Ansehen.

<sup>63</sup> Hier überwog der Wunsch. Von einer laufenden, eingespielten Einflußnahme der Wehrkreiskommandos auf die Presse konnte zu keiner Zeit die Rede sein.

<sup>64</sup> Muß heißen: Amtszeit.

<sup>65</sup> Zu diesem Zweck hatte Brüning am 7. Januar 1932 mit den Nationalsozialisten und Sozialdemokraten Verhandlungen aufgenommen. Der Besprechung Brüning-Hitler wohnte

Sozi! Dabei natürlich Port[ion] Taktik, denn wen sollen sie aufstellen? Hitl. sagt: Ich kann aus Prest.Gründen nur dann auf Nazi-Präs. verzichten, wenn H. bleibt. Wen aber. Er selbst lehnt für sich aufs schärfste ab; „m[eine] Stärke liegt darin, daß ich nichts für mich will“<sup>66</sup>; sowie ich was wollte, würden alle ämterhungrigen Persönl. sich sofort auf mich stürzen [und] würde offz. Eintritt in Partei auf 1 Jahr gesperrt“. Mit diesem Standpunkt findet er aber wenig Gegenliebe bei seinen Leuten. „Ich muß einen aus alter Garde (nicht Septemberling) nehmen.“ Wen? Litzmann, Epp, Frick? Es ist Hitl. nicht unlieb, wenn er dieser Schwierigkeit überhoben würde. Daher seine Einstellung: H[inden]b[ur]g muß bleiben!

Da auch Sozi so denken, eigentlich einfache Sache. Außenpol. Gründe dafür klar.

Aber ein Haken! Rechte (Harzb. Front) möchte gern Hbg., aber ohne Brüning! Gegen diesen ist Einstellung so schroff, daß kaum zu glauben. Rechte sucht Modus, wie Hbg. zu erhalten, ohne Brüning zu Erfolg zu verhelfen. Dabei 2 Dinge möglich:

1.  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für Hbg. machen wir mit, erkl. aber, daß dies k[ein] Vertrauensvotum für Br. ist,

2. Erkl., sie hätten verfassungsmäß. Bedenken gegen  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, schlugen daher Volkswahl vor, bei der sie einmütig für Hbg. stimmen würden.

Hbg. hat sich alles vorbehalten. D[eutsch]n[at]ionale lehnen Kanzler ab. Hitler macht nicht mit (Scheidung der Geister)<sup>67</sup>.

2. Letzte Notverordnung. Warum erst jetzt diese einschneidenden Eingriffe? Rein außenpol. Gründe! Seht: „Mehr kann wirklich kein Mensch tun!“ Früherer Entschluß hätte uns womöglich zahlungsfähig gemacht!

Gehaltskürzung nicht zu umgehen, nachdem 1927 Fehler zu großer Nivellierung gemacht. Wieder in Ordnung zu bringen nur durch gänzliche Änderung der Besoldungsordnung.

Versorgungsanwärter. Es ist erreicht folgendes: große Zahl von Einstellungen. Bessere Anstellungsgrundsätze. Für Länder bindend!

3. Uniformverbot. Stahlhelm am schwersten getroffen, Leitung vernünftig<sup>68</sup>. Einzelne Führer – Henning! – grenzen an Hochverrat. Drohung d. Zurückziehung v. L.-Schutz. Richtig Standpunkt der W[ehr]kreise: „Reisende Leute soll m[an] nicht aufhalten.“

Heye hat geschrieben, daß er Un.Verb. bedauert, sei einseitige Maßnahme gegen rechts. Nicht richtig: [Auch] R[eichs]banner. Nur aus außenpol. Gründen wäre es

auch Groener bei. In einer Kundgebung der „Eisernen Front“ am 8. Januar wurde dieser Empfang scharf kritisiert. Die Pläne der Reichsregierung gingen dahin, entweder eine Sammelkandidatur Hindenburgs auf breitester Basis zu schaffen oder durch Zwei-Drittel-Mehrheitsbeschluß des Reichstags eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit zu erreichen.

<sup>66</sup> R. H. Phelps, a. a. O., S. 1018 (s. Anm. 58).

<sup>67</sup> Am 7. Januar 1932 hatte auch eine Begegnung Hitlers mit Schleicher stattgefunden, J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, 39. Aufl., München 1942, S. 21. Aus der Niederschrift geht nicht klar genug hervor, daß die NSDAP und die Deutschnationalen bei dieser Gelegenheit Brüning um jeden Preis zu Fall bringen wollten. Bereits am 11. einigten sich Hugenberg und Hitler darauf, den Modus der Zweidrittelmehrheit aus „verfassungsrechtlichen Gründen“ abzulehnen. Entsprechende Schreiben erhielt Brüning am folgenden Tage.

<sup>68</sup> Das Uniformverbot für politische Vereinigungen war ein Teil der 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Daß die Entrüstung einiger Stahlhelmführer hierüber zu seiner Nominierung als Reichspräsidentenskandidat geführt habe, bezeugt Th. Düsterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 34.

geschehen! Unrichtig, im Gegenteil. Man hat d. früher oft erwogene Maßnahme jetzt durchgeführt, da sie seit langem v. Ausland nicht mehr gefordert wurde<sup>59</sup>.

4. Org[anisation] f. Wehrsport ziemlich weit vorgeschr. (Stülpn. Edw.)<sup>60</sup>. Dies wird d. „Verbänden“ Betät[igungs]mögl[ichkeit] geben. Geld, das W[ehr]sport erhält, zieht! Wenn Verb. wissen, daß sie Geld nur dann bekommen, wenn sie den Richtlinien des R.W.M. folgen, werden sie sich einfinden u. von ihrem politisierenden Treiben abstehen. Damit wird vielleicht auch Uniformfrage wieder in Ordnung kommen.

Daß Verbände sich Gerechtsame anmaßen, ist unerträglich! (Best in Hessen<sup>61</sup>; Reichsbanner überall). Müssen v. Politik auf Wehrsport abgedreht werden!

5. Nazifrage. Verhältnis d. W[ehrmacht] zu Nazi: W. ist genau umgekehrten Weg gegangen wie D[eutsch]-Nat[ionale], hat abgelehnt, hinter Nazi herzulaufen; sondern: „Wenn Ihr zeigt, daß Ihr loyal (Zersetzung), so seid Ihr willkommen.“ Seit Scheringer kein Zersetzungsfall mehr vor[gekommen]. Diese Bedingung haben sie erfüllt; deshalb hat man sich – als sie baten – mit ihnen unterhalten. Sie haben sich loyal gezeigt. Deshalb auch äußerlich Verhältnis geändert; dazu

Nazi aus Betrieben nicht mehr entfernen,

Nazi darf in L.Sch. eintreten,

Eintritt in Heer zurückgestellt; bisher nicht geglückt aus innenpol. Gründen. Volle Legalisierung d. Nazi wird in absehbarer Zeit kommen.

Es gibt Kreise, die größtes Interesse haben, Nazi zu provozieren u. sie von ihrem Weg zum Staat abzudrängen. In Nazi 2 Strömungen: Mitarbeit u. Revolutionär; 2. Gruppe vertrat Stennes. Großer Erfolg Hitlers, daß er damit schnell fertig [wurde], obwohl d. Bewegung stark unterstützt wurde v. denen, die Nazi nicht reg. fähig machen wollen.

Für W[ehrmacht] wichtig, in verständiges Verhältnis mit Nazi zu kommen<sup>62</sup>.

<sup>59</sup> Heye hatte in einem Zeitungsartikel im Sinne des Stahlhelms geschrieben.

<sup>60</sup> Die Organisation der wehrsportlichen Betätigung sollte einem „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ übertragen werden, welches im Sommer 1932 unter der Leitung des am 31. Oktober 1931 ausgeschiedenen Gen. d. Inf. a. D. Edwin von Stülpnagel seine Arbeit aufnahm. Das Ziel war, die verschiedenen Verbände für den Gedanken des Wehrsports zu gewinnen und ihnen so die Gefährlichkeit politischer Zielsetzungen zu nehmen. Die Finanzierung erfolgte durch das Reichsministerium des Innern. Im Frühjahr 1933 wurde das Reichskuratorium wieder aufgelöst; an seine Stelle trat der „Chef des Ausbildungswesens“ (Chef AW), der bis zum 30. Juni 1934 unter der Aufsicht des Stabschefs der SA arbeitete.

<sup>61</sup> Am 25. November 1931 waren Dokumente bekanntgeworden, welche, ausgearbeitet von Dr. Werner Best, Mitglied der Gauleitung Hessen der NSDAP (später SS-Obergruppenführer, 1942–1945 Deutscher Bevollmächtigter in Dänemark), den Entwurf von drakonischen Anordnungen für den Fall einer Machtergreifung durch die SA zum Inhalt hatten. Nach dem Boxheimer Hof bei Worms, wo die entsprechenden Beratungen geführt wurden, erhielten sie in der Öffentlichkeit die Bezeichnung „Boxheimer Dokumente“.

<sup>62</sup> In dieser Richtung bewegte sich der einige Wochen später herausgegebene Erlaß Groeners Nr. 600/32 W I a vom 29. Januar 1932 über die Wehrverbände und die Richtlinien bei der Einstellung in die Wehrmacht, der von der SPD mit scharfer Kritik aufgenommen wurde, da jetzt auch wieder Angehörigen der NSDAP der Eintritt gestattet wurde. Mit dem Erlaß wurden zwei frühere Verfügungen vom 16. Juli 1929 und vom 10. April 1930 aufgehoben, welche die Entlassung nationalsozialistisch organisierter Arbeiter in den Heeresbetrieben bzw. das Verbot der Teilnahme von Wehrmatsangehörigen an Versammlungen, in denen das Hakenkreuz gezeigt wurde, ausgesprochen hatten. In seiner Reichstagsrede vom 24. Februar 1932 verteidigte und erläuterte Groener den Erlaß.

6. L[andes]-Schutz. Wenn Sozi in Pr[eußen] ausscheiden<sup>63</sup>, können sie nicht leugnen, daß sie beteiligt waren. Aber arbeiten schon jetzt mit der Behauptung, daß vieles gegen die Vereinbarungen geschähe (Reise R.W.M. u. R. d. Inn. Schlesiens). L.Schutz kann dazu führen, daß pol. Parteien sich einigen.

7. Staatsgesinnung. Parteiwirtschaft ist unerträglich (Pol[izei] u. Beamte klagen darüber). Innerlicher Machtstaat! R[eichs]-P[räsident]-W[ehrmacht]-Pol[izei]-Beamte müssen aus Parteigetriebe raus! Hängt mit R[eichs]reform zusammen.

#### Minister<sup>64</sup>

Nazi: Hitler auf Wunsch [des] [R[eichs]k[anzlers] empfangen<sup>65</sup>. Besten Eindruck von Persönlichkeit (bescheiden; entschlossen, revol. Ideen auszumerzen). Entschlossen, alle Bestreb. H's, sich in pol. Leben einzugliedern, [zu] unterstützen; alles unterdrücken, was geeignet, Unruhe zu stiften. Wird lange Erziehungsarbeit sein, die nur gelingen wird, wenn wir [die] Führer (die guten Willens [sind]) heranholen an d. Staat.

Absichten und Ziele H's sind gut; aber Schwarmgeist, so erfüllt v. Begeisterung u. vulkan. Kraft, daß er sicher noch oft falsche Mittel anwendet u. weiter anwenden wird. Nicht verwunderlich!

Ihm gesagt, daß [er] vielen Gedanken zustimmt<sup>66</sup>! Nur darauf ankommt, [daß] Beweg. in richtige Kanäle kommt.

Als Inn.Min.: Gerechtigkeit muß ebenso d. Nazi gegenüber geübt werden, wie gegenüber d. anderen.

Nazis haben die meisten Opfer, dann Kommun., dann R[eichs]banner; Stahlhelm ganz geringe Opfer.

Uniformverbot soll auß. Anlaß gegen solche Schläg[ereien] nehmen. Schon jetzt Erfolg zu spüren. B[eim] R.Kanzler beantragt, Knopflochabzeichen wieder zu gestatten.

Scharf betonen: Nichts Höheres als Wehrmacht! Idee, daß „Verbände“ Wehrmacht „stützen“, „tragen“ können, aufs schärfste abzulehnen. D. Gute d. Verbände wollen wir erhalten u. pflegen, aber nicht etwa Anhängsel von irgendwelchen Verbänden werden.

Kein Zweifel: „Bürgerkrieg gibts nicht!“ Wer Haupt erhebt, wird mit äußerster Brutalität (nicht nur Strenge) niedergeschlagen, wer es auch sei!! Dies auch außenpol. wichtig (Amerikaner wollen wissen, daß Staat, mit dem sie arbeiten, stark ist).

Die vorstehenden Ausführungen Schleichers und Groeners zur innenpolitischen Lage, zumal gegenüber dem Problem der NSDAP, wird man als optimistisch zu bezeichnen haben. Sie lassen sich allenfalls mit einem gewissen Bewußtsein der Stärke erklären, welches sich aus dem von Schleicher angeregten und von Hindenburg lebhaft gebilligten Doppeltamt Groeners ergeben mochte. Beide vertraten um die Jahreswende 1931/32 den Standpunkt, daß es nötig und wohl auch möglich sei,

<sup>63</sup> Man rechnete mit der Möglichkeit, daß die zum Frühjahr 1932 heranstehenden Landtagswahlen in Preußen das Ende der Regierung Braun/Severing zur Folge haben würden.

<sup>64</sup> Die voraufgegangenen Ausführungen hatte Schleicher gemacht.

<sup>65</sup> Gemeint ist die Besprechung Brüning-Groener-Hitler am 7. Januar 1932.

<sup>66</sup> Diese „Zustimmung“ kann taktisch begründet gewesen sein, um Hitler für die Pläne der zu verlängern den Amtszeit Hindenburgs zu gewinnen. Zur Begegnung Groener-Hitler vgl. auch R. H. Phelps, Aus den Groener-Dokumenten VII, Das SA-Verbot und der Sturz des Kabinetts Brüning, in: Dtsch. Rdsch. 77 (1951), S. 20f.

die nationalsozialistische Bewegung samt ihren Verbänden „einzufangen“, sei es durch verantwortliche Beteiligung an einer Rechtsregierung auf breiter Basis<sup>67</sup>, sei es auf dem Wege des staatlich zu fördernden Wehrsports. Die NSDAP auf der Grundlage der Verfassung „regierungsfähig“ zu machen, war eine Aufgabe, die nach der Meinung beider nur die Reichswehr, parteipolitisch nicht gebunden, aber in der Grundgesinnung „rechts“ stehend, zu erfüllen vermochte — eine Theorie, die nicht ohne Zustimmung blieb. Eine Einsicht etwa in die Symptomatik der sog. Boxheimer Dokumente war nicht vorhanden. Groener und Schleicher schienen trotz allem von den loyalen Absichten der Parteileitung überzeugt zu sein<sup>68</sup>.

Die Täuschungsmanöver der Nationalsozialisten in der Reichspräsidentenfrage, verbunden mit dem Einschalten Hugenbergs in die Verhandlungen und der kurz-sichtigen Politik des Stahlhelms ergaben seit Mitte Januar 1932 eine gründliche Ernüchterung über die Absichten Hitlers und seines Anhangs. Für die Verärgerung Groeners liegen mehrere Zeugnisse vor<sup>69</sup>; auch fielen für seine künftige Einstellung die Auffassungen der höheren Beamtschaft im Reichsinnenministerium sowie diejenigen der Länderregierungen stärker ins Gewicht. Gleichzeitig mußte er sich wegen seines Erlasses den Vorwurf übermäßiger Tolerierung der NSDAP gefallen lassen. Die folgende Niederschrift einer Ansprache Hammersteins vom 27. Februar 1932 weist bereits deutlichere und illusionslosere Formulierungen auf.

## Nr. 4.

1932 Februar 27, Berlin. Ausführungen des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord auf der Besprechung der Gruppen- und Wehrkreisbefehlshaber im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen sowie Bleistiftnotizen des Gen.Lt. Liebmann als Grundlage für Kommandeurbesprechungen im Wehrkreis V einschl. 3. Kav.Div. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 28–30.

Berlin, d. 27. 2. 32.<sup>70</sup>

Br[üning] hat mit R[eichs]t[ags]-Rede<sup>71</sup> großen Teil Arbeit abg[enommen]. — Aber doch einige notwendige Lücken:

<sup>67</sup> Durchaus in gedanklicher Übereinstimmung mit Brüning, der am 27. Januar und am 6. Februar 1932 seine Demission anbot, um einer politischen Neuorientierung nicht im Wege zu stehen.

<sup>68</sup> So im Briefe Schleichers an Röhm vom 4. November 1931; Faksimile und Text bei C. Severing, *Mein Lebensweg*, Bd 2, Köln 1950, S. 320 bzw. 322.

<sup>69</sup> C. Severing, a. a. O., S. 322. Dazu Groeners Brief an Gleich vom 24. Januar 1932, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1017 f. (s. Anm. 38).

<sup>70</sup> Hammerstein hatte besonderen Wert darauf gelegt, das Offizierkorps über die in Vielem veränderte innen- und außenpolitische Lage zu orientieren. Daher die neue Besprechung bereits sechs Wochen nach der vorausgegangenen.

<sup>71</sup> Im Verlaufe der sehr stürmischen allgemeinen Aussprache, die anlässlich der Terminfestsetzung für die Reichspräsidentenwahl im Reichstag erfolgte, hatte am 25. Februar Brüning eine großangelegte Rechtfertigung seiner Politik vorgenommen. Ihrem Aufbau folgen die Ausführungen Hammersteins. Vgl. Schultheß' *Europ. Gesch. Kal. 1932*, S. 37–45.

## 1. Außenpol.

Ostas[ien-] Konflikt<sup>72</sup>: Gegensatz z. Presse, die sentimental chines. ist. „Chines. Allg. Ztg.“<sup>73</sup>. Japan über Presse empört (Boykott deutsch. Waren droht). A.A. neutral, aber Dilemma; Neutralität einerseits, unmöglich V[ölker]b[und] jetzt zu zertrümmern (da wir z. Z. Vorteile davon). Jap. verteidigt in gew. Sinn Moral u. Recht gegen d. Bolschewismus. „Hinter China steht Moskau“ (Broschüre)<sup>74</sup>. Rußl. will sich unter k[einen] Umst. einmischen u. wird alles aufbieten, herauszubleiben. Machtverhältnisse China-Jap.: Widerstand Ch[inas] achtbar, wenn aber die 3. (Wetzell) Nanking-Div. verbraucht, dann nichts mehr dahinter. Macht Chinas erschöpft, übrig nur unbekannt starke, sowjetmäß. aufgez. Mil.Macht in Prov[inzen] südl. Mongolei. Russe hat Teilung [der] Mandsch. abgewiesen, da so imp[erialistisch], daß [er] bolsch. Gesicht verliert (ist aber bereits freundschaftl. Abmachung). Wladiw[ostok] nicht durch Jap. bedroht, jedenfalls nicht jetzt, vielleicht später. Bolsch. Ausdehnungsbestreben geht über Mongolei nach Süden, dann auf Kanton. Einzige, die große Sorgen [haben], hineingezogen zu werden, sind Amerikaner.

1. Aber seitdem Jap. keinen Zentimeter aufgegeben, ist am[erikanische] Pol[itik] sehr vorsichtig geworden. Sollte Am. hineingezogen werden, für uns sehr ungünstig, da Interesse v[on] Europa abgezogen.
2. Verhältnis D[eu]tschland-Rußland. An r[ussisch]-poln. [Nicht-]Angr.Pakt beteiligt, loyal. R. hat Friedensbedürfnis u. Streben, nicht als Störenfried der Welt gestempelt zu werden.
3. Jap. hat sich Hilfe Frankreichs gesichert.

Diese 3 P[unkte] bedingen, daß auch wir v. dies. Dingen berührt.

Memel<sup>75</sup>. Reg. in Kowno bestekt aus Rauhbeinen. Daraus entstehen diese Dinge. Wird diplomatisch ausgepakt. Wäre besser gewesen, es nicht als Haupt- u. St[aa]ts-Aktion zu stempeln. Anwes[enheit] v. lit. Offz. [im Reichsheere] beruht auf alt[er] Abmachung zw. A. A. u. lit. Reg. Wir wollen lit. Armee gut behandeln, im Gegensatz zur lit. Reg. Wenn Gesandter Pässe verlangt u. überhaupt nicht auf „Regelung“ eingegangen, dann hört uns dies auf.

## Gefährl. Dinge in Genf.

a) Abrüstung (2. Rolle). Vorläufig das getan, was wir können. 1. Rede Brüning gut, klar, Rechtsstandpunkt herausgestellt. 2. Nadolny vielleicht zu früh<sup>76</sup>, darf sich nicht durch törichte Rechtspressevertreter beeinflussen lassen.

Schärfstes Entgegenreten gegen schon jetzt geübte abfällige Kritik am Verlauf! Prakt. Resultat? Rechtsstandpunkt<sup>77</sup> muß u. wird durchgebracht u. durchgehalten werden.

<sup>72</sup> Die seit September 1931 bestehenden schweren Spannungen zwischen Japan und China erreichten in diesen Tagen mit dem japanischen Angriff auf Schanghai ihren ersten Höhepunkt.

<sup>73</sup> Spöttische Bezeichnung für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

<sup>74</sup> G. Ritter von Kreitzer, Hinter China steht Moskau, Berlin 1932.

<sup>75</sup> Am 6. Februar 1932 hatte der litauische Gouverneur Merkys das memelländische Direktorium Böttcher gewaltsam abgesetzt.

<sup>76</sup> Botschafter Nadolny stimmte als deutscher Vertreter nach vorheriger Rücksprache mit Tardieu am 24. Februar 1932 dem Abrüstungsentwurf von 1930 als Verhandlungsbasis zu, was ein gewisses Zurückweichen vom bisherigen Standpunkt bedeutete.

<sup>77</sup> In der Formulierung Schleichers: „Ihr müßt auf unser Niveau herunter“, vgl. oben S. 414.

b) Rep[arationen] (ernster). Lausanne sabotiert<sup>78</sup>; neue Konferenz in Aussicht gen[ommen]. Zeitpunkt – unmittelbar vor Ablauf Hoover-Jahr – sehr ungünstig.

Pol. Gefahrenplage D's, gesehen von Außenpol. In Danzig haben akt[ive] poln. Offz. Drohungen gegen Danzig u. Ostpr. ausgestoßen. Falsch, diese Reden für Zufall zu halten. Außerord. ernst. Stimmen überein mit Nachr., die wir aus guter Quelle aus Fr. haben: Frz. wollen uns in Rep.Frage zwingen, wollen uns vor d. Haag bringen (in Zollunionsfrage schon einmal hereingelegt). Kommt es zu Urteil gegen uns u. ergeb[en] sich daraus Sanktionen, so wird Franzose mit Ostsanktionen arbeiten (Polen u. Tschechen). Polen werden es gern tun, Tschechen ungern, werden aber gehorchen.

Plan teuflisch, aber sehr ernst zu nehmen.

Reg. will Pol[itik] treiben, die es dazu nicht kommen läßt. Wird sich größte Mühe dazu geben. Möglich, daß [es] gelingt.

Wir sind gehalten, an schlimmsten Fall zu denken<sup>79</sup>. Keine Illusionen. Auch nach außen hin. Wenn wir Dinge nicht klar sehen können, sind wir unfähig und feige. Dies auch Sinn der Rede Brüning<sup>80</sup>.

## 2. Innenpol. Lage.

Zunächst versucht, Außenpol. durch Ordnungschaffen im Innern zu erleichtern. 2 Hauptfragen, die jeder Ausl. stellt:

a) Wer wird R.Präs.?, b) Wann kommt Hitler?

Zunächst versucht, Gesetz mit  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit zu machen. Hinterher wurde Verfassungsmäßigkeit angezweifelt<sup>81</sup>. Dies nicht Grund, sondern Sabotierung.

Br[üning], Gr[oener], Hitler hatten sich zu 80% geeinigt, verhindert worden ist d. Einigung durch Hugenberg, der die Sache auf d. Parteigeschäftliche gebracht hat u. dadurch Erleichterung der außenpol. Lage verhindert bekommt<sup>82</sup>.

Nachher. Stadium: Verhandeln wir über Volkswahl Hindenburgs auf breiterster Grundlage. Verhandlg. nunmehr äußerst schwierig, da nunmehr drin im parteipol. Schmutzgeschäft. Jeder stellte s. Parteiforderungen auf (D[deutsch]nat. u. Nazi): „Zunächst pol. Macht für mich allein“, auch nächste Nachbargruppe nicht beteiligen.

Bei Nazi auch verständlich (51% der künftigen Sitze), aber auch Hug[enberg] stellt diese Forderung (R[eichs]k[anzler] u. Pr[euß]. Min.Präs.) Daran haben sich die Verhandl. zerschlagen, denn Nazi nicht zu verantworten, Staatsmacht ihnen als Vorleistung zu übertragen. D.Nat. überhaupt nicht zu verstehen.

<sup>78</sup> Gemeint ist die auf Grund englisch-französischer Vorverhandlungen vorgeschlagene Verschiebung der Konferenz von Lausanne auf den 16. Juni 1932.

<sup>79</sup> Die Befürchtungen, mit Polen in eine militärische Auseinandersetzung zu geraten, sind in der Reichswehrzeit immer lebendig gewesen, W. Görlich, a. a. O., S. 389f. Die Reichsregierung war 1931 über einen polnischen Plan informiert worden, welcher vorsah, bei gebotener Gelegenheit Schlesien im Handstreich zu nehmen. Starke Beachtung fand im Jahre 1932 das Buch von Hans Nitram [Pseud.], „Achtung! Ostmarkenrundfunk! Polnische Truppen haben heute nacht die ostpreußische Grenze überschritten!“, welches seiner Auffassung und Anlage nach unter den Auspizien des RWM oder zumindest des Wehrkreises I verfaßt sein dürfte.

<sup>80</sup> Vgl. Anm. 71.

<sup>81</sup> So die Begründung Hitlers.

<sup>82</sup> Der Sinn dieser unklaren Stelle ist, daß Hugenberg durch seine Intervention die außenpolitische Lage erschwert hat.

Nunmehr Versuch ohne Parteien: Stahlhelm, Kyffhäuser, Sahn<sup>83</sup> nebeneinander. Mit Horn<sup>84</sup> Einigung (mühsam!); Stahlhelme war nahe dran, ging aber nochmals zu Hug. — Nur Form! (Unterrichtung über Zugeständnisse des R.Pr. an Rechts.)

(R.Präs. hat weitestgehende Zusagen angeboten, um Einigung herbeizuführen<sup>85</sup>. Scheitert daran, daß Hug. als Bedingung stellt, er R.Kanzler u. er Pr. Min.Präs. R.Präs. lehnt entrüstet ab. Zugeständnisse nach rechts waren so weit.)

Stahlhelm ist anderen Weg gegangen, als Hug[enberg]. Zusage d. Unterrichtung nicht gehalten. Hug. hat Sache zum 2. Mal sabotiert.

Daraus der jetzige innerpol. Trümmerhaufen.

Vergleich Außen u. Innen grotesk! Verbrechen u. Dummheit, in dieser außenpol. Lage R.Pr.-Frage so zu behandeln!

Zu verurteilen Führer! Wir alle stehen der Ges[innung] n. rechts, aber wir müssen uns klar machen, durch wessen Schuld Trümmerhaufen entstanden. Das sind d. Führer d. Rechtsparteien. Sie haben es verschuldet.

Dahin zugespitzt: Hie Hindenburg, hie Hitler. Wahlkampf wird gemein geführt werden! Gemeinste Verleumdung H'bg's. schon jetzt im Umlauf.

Resultat für uns: Armee hat kein Wahlrecht, steht objektiv. Aber man hört danach, was Armee denkt über diese Sache.

Offz.Korps und Truppe informieren.

Verlange klare Ansicht, die mit Zurückhaltung oder mit Entschiedenheit zu vertreten ist.

K[eine] Dummheiten u. k[eine] Gemeinheiten! Propos sind uns gemacht worden (Min. u. R.Präs. hineinzulegen).

Keine Vertrottlung!

1. Vertrottelt,

2. Sohn eingeschr. Sozi,

3. Fr[au] v. H[indenburg] braucht Gehalt. — Verein d. Gottlosen<sup>86</sup>

Rechts: Gemeine Verleumdung.

Links: Angst vor Hitler.

Heer muß gehorchen, aber auch richtig denken!! Disziplin, die auf Einsicht beruht.

<sup>83</sup> Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn hatte den sog. „Sahmausschuß“ gebildet, um die Wiederwahl Hindenburgs auf überparteilicher Grundlage zu propagieren.

<sup>84</sup> Gen. d. Art. a. D. Rudolf von Horn (1866–1934) war seit 1926 Präsident des Reichskriegerbundes „Kyffhäuser“.

<sup>85</sup> Hindenburg hätte die Einigung der gesamten Rechten auf seine Sammelkandidatur begrüßt. „Der Alte vom Berge will sich nicht küren lassen, wenn nicht auch die Rechterer mitmachen“, Groener an Gleich vom 24. Januar 1932, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1017 (s. Anm. 38). Auch einer neuen, „nach rechts verlagerten“ Regierung war er nicht abgeneigt, wie aus seinen persönlichen Darlegungen zur Vorgeschichte der Wiederkandidatur vom 25. Februar 1932 hervorgeht. Diese Stellungnahme wurde mit dem Vermerk „Vertraulich“ für Interessenten der Rechten vervielfältigt. Am 5. März sandte Schleicher ein Exemplar an den damaligen Obersten von Reichenau, Chef d. Stabes d. 1. Div., zu dessen Unterrichtung (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

<sup>86</sup> Dieser Absatz gibt knapp die Verleumdungen über Hindenburg wieder: Der Feldmarschall sei vertrottelt, sein Sohn sei eingeschriebenes Mitglied der SPD, Frau von Hindenburg habe geäußert, ihr Schwiegervater müßte schon deshalb gewählt werden, weil die Familie von der Pension nicht leben könne. Sie selbst sei dem Verein der Gottlosen beigetreten.

Spezielle Fragen<sup>87</sup>: Was machen wir, wenn Hbg. nicht gewählt? Ist nicht unsere Frage, sondern hochpol. Frage, die v. anderen Instanzen zu beantworten [ist]. Im gegeb. Zeitpunkt wird es geschehen.

Werden Sie jem[als] dulden, daß überpart. Ideal-Standpunkt d. Heeres aufgegeben wird? Daß Parteibuch-Offz. hineingeschoben (Nazi oder Sozi)? Diese Fragen mit glattem Nein beantwortet. Herabziehen in Parteien [wird] mit allen Mitteln verhindert.

Mögl., daß ähnl. verlangt, wie in Italien? Bewaffnung der SA? Oder Rotfront? Werden Sie das tun? Jedes Gewehr wird gegen äußeren Feind gebraucht. Umstoßen der Mob. zu innerpol. Zwecken macht Mob. „Verwendbarkeit“ für 2 Jahre unmöglich.

Wer diese beiden Punkte antastet, hat Armee zu erbitterstem Feind. Wir werden mit schärfsten Mitteln diese Angriffe zurückweisen.

Bürgerkrieg gibts nicht! Indisziplin im Heere in Gefahrmomenten ist von jedem Vorgesetzten rücksichtslos mit Andiewandstellen zu unterdrücken.

Warum H[inden]b[ur]g? Wenn nicht Hbg.: „Hie Hitler, hie Linkssozialist“ wäre Folge gewesen. Rechtsleute (Kns.) haben ihn gedrängt. Stures Pflichtgefühl!

Hug.: Hitler darf nicht gewählt werden; Hbg. ist einziger, der ihn schlagen kann. Hitler: Ich kandidiere selbst auf k. Fall; nur wenn Hbg. nicht kandidiert, muß Naziartei aus Prestige-Gründen Kandidaten aufstellen<sup>88</sup>.

1. Parteimäß. Handeln der Rechtsführer,

2. Unzuverlässigkeit der Nazi u. Abhäng. Hitlers v. seinen Unterführern.

Resolution, Erlaß aufzuheben – (Nazi haben durch Verlassen zur Annahme gebracht)<sup>89</sup> – wird zunächst keine Folgen haben. Wie später, noch fraglich.

Diese Taktik der Nazi versteht kein Mensch mehr.

Preußenwahl findet statt; Gegenteil wäre Staatsstreich.

Wirtschaftslage: R[eichs]k[anzler] [hat] in kl. Kreise gesagt, nicht sehr schwierig, mit einigen Maßnahmen Wirtsch. in Gang zu bringen; aber erst Rep. erledigen, vorher hat es keinen Zweck.

Wehrsport: Kuratorium im Innen-Min. (unter Ltg. des R.W.M.), Finanzmin. bereit, Summe bereit zu stellen. Dietrich möchte d. S[ache] aber nicht in Etat einstellen, ehe er in d. Entwicklung der pol. Verhältnisse klarer sieht.

Den Worten Hammersteins läßt sich soviel entnehmen, daß die Einstellung der NSDAP gegenüber wieder kritischer und abwehrwilliger geworden war. Zwar wurde an dem Grundsatz, den „nationalen Schwung“ der Verbände aufzufangen, weiterhin festgehalten, doch sollte sowohl eine Kanzlerschaft wie eine Präsidentschaft Hitlers verhindert werden. Bezeichnend ist das Ausweichen Hammersteins vor der Frage, was im Heere geschehen solle, falls Hindenburg nicht wiedergewählt werden würde.

Gleich nach dem für Hindenburg erfolgreichen zweiten Wahlgang wurde die Reichswehrführung durch das am 14. April 1932 verkündete SA-Verbot zum ersten

<sup>87</sup> Das Folgende stellt eine Beantwortung von Fragen dar, die sich aus der Situation ergaben bzw. an Hammerstein selbst gerichtet worden waren.

<sup>88</sup> Diese Sätze entsprechen den „Ausgangspositionen“ Hugenbergs und Hitlers in den Besprechungen vom 6. und 7. Januar 1932.

<sup>89</sup> Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Groenerschen Erlasses vom 29. Januar 1932 (vgl. Anm. 62) war am Tage vorher mit 226 gegen 173 Stimmen bei 59 Enthaltungen angenommen worden.

Male uneins. Die damit anhebende Krise hatte am 13. Mai den Rücktritt Groeners als Wehrminister zur Folge, ein Ereignis, das den weitaus meisten Befehlshabern unerwartet kam. Auf einer Führerreise nach Süddeutschland benutzte Hammerstein die Gelegenheit, die Ereignisse in seinem und Schleichers Sinne darzustellen.

## Nr. 5.

1932 Mai 21, Berchtesgaden. Ausführungen des Gen. d. Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord auf einer Führerreise.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann mit späteren Ergänzungen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 31.

## Ch. H.L. auf Führerreise am 21. 5. 32

Vorige[s] Mal: Weitgehende Verbreitung gewünscht. Hat geklappt, dankbar dafür. Hugenberg hat aus 6 Wehrkr. den Standpunkt der Wehrmacht zu den innenpol. Fragen, insbesondere die R.Präs.Wahl, erfahren. Jetzt Diskretion, da noch nicht abgeschlossen.

Groener wurde s. Zt mit Unterstützung d. H[eeres]-L[eitung] Inn[en]- und R[eichs]w[ehr]minister], weil schon damals klar, daß Abbau der mil. Org. nötig. Nur mögl., wenn etwas anderes zu bieten. Seit Jahren Verhandl. mit Inn.Min. wegen überpart. Sport-Org. Da sie nicht vorwärtskamen, dafür eingesetzt, daß Gr. R.I. Min. übernahm u. vorwärts trieb. Suspekte Leute hinaus. Nicht geschehen. Gr. ist von freundl. Leuten (Min.Dir. im Inn.Min.) eingewickelt worden. Förderung der mil. Belange kam nicht zustande.

Dann Wahl R.Präs. Wild hergegangen. Rechte außer Kyffhäuser hat sich töricht benommen. Alte Offz. unschön. Durch Verhalten d. Rechten Eindruck entstanden, daß R.Präs. nicht überparteil., sondern Kandidat der Linken. F.Marschall hat keine parteipol. Bindungen angenommen; nicht s[eine] Schuld, daß es so aussah. Fälschung! Aus dieser Wiederwahl gew[isse] Konsequenzen:

Unglückl. Verbot der SA<sup>90</sup>! Gr. läßt eines Tages Chefs H.L., M.L., Min.A. kommen u. teilt Tatsache mit (1 Woche vorher) <sup>91</sup>. Kenntnis gen[ommen] u. haben gesagt: Zeitpunkt und Form eingehend zu erwägen u. vorsichtig sein! Reif gemacht durch Schuld von SA-U[nter]führern (Pommern, Gr[enz]-Schutz verweigert). Halle (Tradition 36er) Nr. d. alten Rgter. Haufen v. Dummheiten u. Anmaßungen. Aber: Verbot, einseitiges!, anrücklich<sup>92</sup>: — Nach Mitteilung rechtzeitig stark mit Gr. um Verbot gekämpft <sup>93</sup>; Absicht: Ultimatum an SA: Umstellung, Hitler wäre darauf eingegangen, hätte Dummheiten abgestellt. [Vergleich mit] Prozeß v. Leipzig: Centralleitung kann nachweisen, daß sie andere Befehle gegeben. (Verschied. Strömungen in der SA — Centrale ganz verständig). Getan, was möglich! Zum 1. Mal nicht durchgedrungen: Aber gegenüber R.I.Min.!

<sup>90</sup> Vorgeschichte und Ablauf des SA-Verbots werden, mit den Quellen des Groener-Nachlasses, am vollständigsten bei R. H. Phelps, a. a. O., S. 19 ff. (s. Anm. 66) geboten. Vgl. dazu neuerdings J. W. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power*, London 1954, S. 239 ff.

<sup>91</sup> Am 8. April 1932.

<sup>92</sup> Daß viele Kommandeure und Dienststellen mit der „Einseitigkeit“ des Verbots nicht einverstanden waren, bezeugen Schleicher (R. H. Phelps, a. a. O., S. 27) und Oberstlt. Ott, damals Leiter der Wehrmachtsabt. im RWM (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279).

<sup>93</sup> Noch am 9. April 1932 hatten Hammerstein und Schleicher den Absichten Groeners voll zugestimmt.

nicht R.W.M.<sup>94</sup>. Zeitpunkt komprom[ittiert] F.Marschall (mußte als Bezahlung nach links aussehen!)<sup>95</sup>. Trotzdem Verbot durchgegangen. Warum hat F.M. unterschrieben? Zunächst geweigert. Dann aber 1-stimm. Kab.Beschl. (?) u. R.I.Min. [hat] gesagt, daß Gefahr für Staat. Daraufhin hat F.M. ab[lehnen]den Standp. aufgegeben. u. Ordre unterschrieben. Brüning hat sie geduldet aus allgem. pol. Gründen, war nicht mit vollem Herzen dabei<sup>96</sup>. – An diesen Tagen große Mühe gegeben, den üb[er]en Drahtziehern im R.Inn.Min. – (nicht Groener, dieser ehrlich)<sup>97</sup> „reizen, dann wehren, Aufstand, dann Ausnahmezustand u. Absage der Pr[eußen]-Wahlen, also Provokationsabsicht!“ – d. Handwerk zu legen. Gelungen! Rat an SA, sich zu fügen, sonst üble Folgen!

Brief R.Präs. soll Gerechtigkeit wiederherstellen<sup>98</sup>. War nötig! Nachdem SA diszipliniert gezeigt.

Groener schwerer Kampf. Hat als R.Inn.Min. gehandelt. Vereinigung konnte nicht weitergehen. Eigentl. Zweck nicht erfüllt, nun ganz schief. Aktion SA war rein innen- u. parteipol. Überparteilichkeit der Wehrmacht war verletzt, auch Minister muß überparteil. sein<sup>99</sup>! Verkoppelung des hochpol. u. überpol. Ministeriums mußte gelöst werden. Darüber Einigkeit mit R.P. Nicht gedrängelt. R.T. brachte Beschleunigung<sup>100</sup>. R.Präs. stellte sofort Forderung. Lösung in mildesten Form.

Verkoppelung war Fehler! Auch Schleicher sieht das ein. Kein Schimpfen über Groener, sondern Erklärung, daß nur Zwiespalt zwischen pol. u. überpart. Min. entstanden (Gr[oener] „Überzeugungstäter“!).

Allgem. Pol. Lage so, daß Zukunft des R.Kab. abhängt v. Preußen. Beide Reg. müssen gleichgestellt werden, dies Sinn der Pr.Wahlen u. Wahl Hindenburgs. Da in Pr. noch nicht geklärt, auch R.Kab. etwas merkwürdige Stellung.

Dummheit der Parteiführer (Hug., Dingeldey) hatte Schuld, daß 1½ Mill. Stimmen unter den Tisch gefallen (die der vernünft. u. ernst. Leute), sonst wäre klare Rechtsmehrheit vorhanden.

<sup>94</sup> Mit dieser Unterscheidung sollte so etwas wie eine Ehrenrettung Groeners vor dem Offizierkorps versucht werden.

<sup>95</sup> Eine der wichtigsten Begründungen für die Auffassung des Kreises um Hammerstein und Schleicher. – „Zeitpunkt kompromittiert Feldmarschall...“ – gemeint ist dabei „... in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht vor seinen Untergebenen.“

<sup>96</sup> Vgl. H. Brüning, Ein Brief, in: Dtsch. Rdsch. 70 (1947), H. 7, S. 4.

<sup>97</sup> Vgl. Anm. 94.

<sup>98</sup> Der Brief Hindenburgs an Groener datierte vom 15. April 1932. In ihm wurde auf beiliegendes Belastungsmaterial gegen das „Reichsbanner“ verwiesen, ferner um Untersuchung und gegebenenfalls um ein entsprechendes Verbot gebeten. Zur Herkunft des Materials über das „Reichsbanner“ vgl. R. H. Phelps, a. a. O., S. 28 (s. Anm. 66).

<sup>99</sup> Eine etwas zu einfach formulierte Forderung, die auch dann den Aufgaben des Reichsinnenministers, wie sie sich im Frühjahr 1932 darstellten, mit sehr wenig Verständnis gegenüberstellt, wenn man das unglückselige „Doppelamt“ berücksichtigt.

<sup>100</sup> Mit seiner Reichstagsrede vom 10. Mai 1932 hatte Groener unter lärmenden Zwischenrufen und unter großer Unruhe des Hauses das SA-Verbot zu verteidigen versucht und alle Angriffe gegen das Reichsbanner mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß dieses überparteilich sei und satzungsgemäß den Schutz der Reichsverfassung zur Aufgabe habe. Die Gerüchte, er sei an diesem Tage krank oder indisponiert gewesen, wies Groener später (R. H. Phelps, a. a. O., S. 29) zurück. Es ist wohl anzunehmen, daß, wenn Groener diese Rede unter den oben geschilderten Umständen nicht gehalten hätte, vor dem Sturz des Kabinetts Brüning kein Anlaß zu einem Rücktritt Groeners gegeben gewesen wäre.

Braun will kein Gesch[äfts]min[isterium], will in Opposition. Hauptpunkt: Nazi u. Centr. fangen nicht an, zu verhandeln.

Davon ist auch R.Reg. abhängig. R.Präs. strebt vernünft. Regierung in beiden an. R.Kab. stirbt ab, auch R.W.Min.-Posten wird kaum besetzt, ehe entscheid. Frage geklärt<sup>101</sup>.

Polen. Nie Sorge los. Nach wie vor akut. Pilsudski vernünftig, hat auch noch Macht. Aber wenn er geht oder stirbt, ist Gefahr akut. Gefahr [für] Ostpr[eußen] besteht, noch mehr [für] Danzig. Bei Fr[ankreich] Kampf dipl[omatisch], bei Polen besteht mil[itärische] Gefahr. (Ferner Osten leider zugespitzt. Rußl. soll Gesicht nach Osten drehen: Gefahr besteht augenblicklich!)

Der Konflikt Groener-Schleicher vom April/Mai 1932 war ein weiterer wichtiger Einschnitt in der Geschichte der Reichswehr. Die Vorgänge um das SA-Verbot zeigten für viele zum ersten Male die abweichenden und ganz seinem Naturell entsprechenden Absichten Schleichers<sup>102</sup>. Es ging dem General wahrscheinlich darum, die von ihm gewünschte Auseinandersetzung mit der NSDAP nicht aus der Distanz der Erlasse, sondern mit allen Listen und Kniffen eines psychischen Nahkampfes durchzuhalten. Wir wissen, daß auch Groener von der Erfolglosigkeit etwa neu-aufgelegter „Sozialistengesetze“ überzeugt war<sup>103</sup>, indes befürwortete Schleicher doch eine größere Intensität des Kampfes, ohne dabei gelegentliche Vorstöße zu geheimen Besprechungsorten zu scheuen. Es war eine Einstellung, die darauf ausging, unter gleichzeitiger Inanspruchnahme von Mittelsleuten in anderen Lagern, aus der Gesamtheit der nationalsozialistischen Ziele gerade diejenigen in den Bereich seiner Wehrpolitik hineinzuziehen, die bislang zu den populärsten Programmpunkten Hitlers gehört hatten.

Solches hatte mit den bisher anerkannten Aufgaben der Reichswehr nichts mehr gemein, entsprach aber, vom Blickpunkt Schleichers gesehen, einer realen Einschätzung der Lage von 1932. Ihm schien die Gefahr für die Reichswehr, eine „Partei-truppe“ zu werden, im Augenblick einer sog. „Machtübernahme“ geringer zu sein, wenn vorher die wehrpolitisch aktiven Kräfte der NSDAP, eben die Verbände (dazu der „Stahlhelm“) mit der großen Zahl ehemaliger aktiver Offiziere, in Auffangorganisationen wie Landesschutz und Reichskuratorium unter die Aufsicht seines Ministeriums gestellt waren. Allerdings verkannte er dabei die in fünf oder mehr Wahlkämpfen erhärtete Geschlossenheit der NSDAP und vor allem das

<sup>101</sup> Schleicher, dem der Posten des Reichswehrministers von mehreren Seiten angetragen worden war, zeigte keine Neigung, sich in einem Kabinett zu exponieren, dem er keine Lebensfähigkeit mehr zutraute.

<sup>102</sup> Groener glaubte bereits am 22. Mai 1932 von seinem „Wahlsohn“ sagen zu können: „... Es sind aber nicht die Nazis, denen er zur Macht verhelfen will, er selbst strebt zur Macht, und zwar durch Hindenburg... [Schleicher] will jetzt nicht Reichskanzler werden, vorläufig auch nicht Reichswehrminister... Für die Reichswehr ist eine neue Idee im Werden. Man will sie auch mit ihrem Etat vom Reichstag ganz abhängen. Schleicher schwebte längst vor mit Hilfe der Reichswehr auch ohne den Reichstag zu regieren...“ (Brief an Gleich, R. H. Phelps, a. a. O., S. 1021) (s. Anm. 38).

<sup>103</sup> R. H. Phelps, a. a. O., S. 1019 (s. Anm. 38).

persönliche Gewicht Hitlers, den als Gegner richtig einzuschätzen ihm wohl nie gelungen ist.

Es war also weniger eine Meinungsverschiedenheit in der Grundeinstellung, die den Konflikt zwischen Groener und Schleicher zur Folge hatte, als vielmehr eine solche über die Verfahren. Das Doppelamt Groeners hatte die Reichswehrführung gezwungen, sich zum ersten Male sichtbar und verantwortlich zugleich in den Bereich der Politik zu begeben. So kam das Zerwürfnis dadurch zustande, daß das Reichswehrministerium seinem Minister die Gefolgschaft auf sagte, als dieser in seiner Eigenschaft als Innenminister das tat, wozu er verpflichtet war: in notwendiger Zusammenarbeit mit den Ländern eine ebenso notwendige Verfügung zur Sicherheit des Reiches vorzubereiten und durchzusetzen. Mit dem Ausscheiden Groeners aber verlor die Wehrmacht der Republik ihre „zivile“ Spitze für immer<sup>104</sup>.

Schleicher selbst wurde am 1. Juni 1932 in dem von ihm organisierten Kabinett von Papen Reichswehrminister und übte, nachdrücklicher und bewußter als seine Vorgänger, gemäß § 8 des Wehrgesetzes von 1921 unter dem Reichspräsidenten die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. Daß diese, geschlossen und überparteilich, allein genügen werde, die Autorität des Reiches im Innern vor jeder Erschütterung zu wahren, war, wie die Kundgebung an die Reichswehr vom 2. Juni besagte, seine Überzeugung<sup>105</sup>. Welche Vorbehalte er hierbei ein halbes Jahr später anmelden zu müssen glaubte, zeigt der folgende Bericht.

#### Nr. 6.

1932 Dezember [15–15], Berlin. Ausführungen des Reichskanzlers von Schleicher und des Oberstlt. Ott vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann. München. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 32–35.

#### Schleicher als Reichskanzler (Dezember 32)

1. Warum R[eichs]k[anzlerschaft] angen[ommen]? R.Pr. wollte feststellen, ob arb[beits]f[ähige] Mehrheit (Ist NSDAP bereit?). Da nur so M[ehrheit] möglich. Sperrm[ehrheit]: N[azi]-K[ommunisten] [kam] nicht in Betracht. Pap[en] ist zurückgetreten, um Vorwurf auszuräumen: Spiegelfechtere.

Hitler hat im Gr[unde] s[eines] Herz[ens] gar nicht gewollt! Alles, was N[azi] behaupten, Vorwand. Oder nur als Diktator (Auflösung, § 48). Dies konnte R.P. nicht, nachdem er am 13. 8. nein gesagt hatte<sup>106</sup>. R.P. in keinem Augenbl. bereit, von dieser These auch nur fingerbreit abzuweichen. Es sollte alt. Kab. Papen erneut betraut wer-

<sup>104</sup> Für die Zeitumstände vielleicht bezeichnend ist die Tatsache, daß bei Erörterungen um die Nachfolge zwischen dem 12. und 30. Mai 1932 lediglich Namen von aktiven Offizieren genannt wurden: außer Schleicher der Admiral Raeder und der Gen. d. Inf. Hasse. Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 89 und 92.

<sup>105</sup> Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 95.

<sup>106</sup> Anlässlich der nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 akut gewordenen Frage der Regierungsumbildung. Eine relativ brauchbare Darstellung der Unterredung lediglich bei W. Görnitz, Hindenburg, Bonn 1953, S. 382.

den. Aber „Psychose“ gegen Papen war zu stark. Stimmung: N.S. völlig ablehnend, aber ihre Führer uneinig: Hoffnung, daß Papen blieb, weil dann N.S. geschlossen [der Meinung], mir nicht R.Wehr.Minist[erium]<sup>107</sup>! Diese Lösung bei weitem d. schlechteste, weil SA nicht monatelang auf Schleicher eingestellt u. nun Ruder herumgeworfen werden mußte. Zu große Belastung der SA, Spaltung möglich. D[eutsch]-N[ationale]: Wenn Pap. wiederkommt, so große Belastung für Partei, daß m[an] sehr große Ford. stellen müßte, damit Kab. „krisenfest“. Starke Umbesetzung im Sinne der D.N. Im Sinne der D.N. verständlich. – Aber Parteidiktatur der D.N. hätte bei allen anderen explosiv gewirkt, weil man [sie] nicht H[itler] mit 196 Sitzen verweigern u. Hugenberg mit 50 S[itzen] zugestehen [kann]. – V[olks]p[artei]-Christl. (20 M[andate]) hatte Auffassung: zur Entspannung Kab. P[apen] vermeiden. Zentr. u. B[ayerische] V[olkspartei]: Absol. Gegner – scharf gegen P[apen], Beschwörung: Arb[eiter] u. Bauern gehen zu Kommun. – Gewerksch.: Papen bedeutet Affront, den Arbeiterschaft nicht hinnehmen kann. – Alles dies zusammen stimmte R.P. bedenklich. Wenn trotzdem Absicht, Papen wieder zu betrauen, kommt nicht zur Auswirkung, weil K[abinet] selbst P. bat, Amt nicht wieder zu übernehmen. Teil wollte Fahrt nicht mitmachen<sup>108</sup>.

Kr[iegs]spiel Ott<sup>109</sup>: Wie stehen wir im Moment des Gen.Streiks? Schlechtester Fall unterlegt. Resultat war: wir werden Unruhen hintanhaltend, aber wie wollen wir gegen Sabotage u. pass. Res[istenz] ankommen? Diese Gedanken haben auf mich gewirkt. Papen hätte d. Wehrmacht in wenigen Tagen auf d. Straße gebracht. Aussichten für Wehrmacht dabei äußerst unglücklich: Sorge, daß man in wenigen Tagen gegen  $\frac{9}{10}$  des Volkes mit M.G. auf d. Straße stand. Diese Sorge hat mich veranlaßt, Kanzlerschaft zu übernehmen<sup>110</sup>. Klar, daß dies Entspannung. (Über Kr.Spiel ist Merkblatt ausgearbeitet, das demnächst zugehen wird.)

## 2. Pol. Abs. der R[eichs-]Reg.

Fr[aktionen] des Reichstages: Nicht mit Unrecht Vorwurf an R.Reg., warum eigentlich d. Narrenspiel der Ausschußsitzungen<sup>111</sup> über sich ergehen lassen.

<sup>107</sup> Vgl. dazu jedoch aus dem Briefe Hitlers an Meißner vom 23. November 1932: „... Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mir bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher . . . vorschlagen“ (Schleicher-Nachlaß, Koblenz).

<sup>108</sup> In der Kabinettsitzung vom 2. Dezember 1932 hatte der Bericht Schleichers über das unter der Leitung des Oberstlt. Ott abgehaltene Kriegsspiel hierzu die Veranlassung gegeben. F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 247 ff.

<sup>109</sup> Über die Ergebnisse des Kriegsspiels vgl. eine Niederschrift des Botschafters a. D. Ott vom 15. Dezember 1947 bei F. von Papen, a. a. O., S. 247 ff.

<sup>110</sup> Die vielfach verbreitete Meinung, das Kriegsspiel sei eine Finte zum Sturz der Regierung von Papen gewesen, wird kaum aufrechterhalten werden können. In einem Nachsatz seiner Darstellung (bei Papen nicht mehr abgedruckt) schreibt Ott: „Im Anschluß daran erklärten mir die Vertreter der sieben Divisionen die gleiche Auffassung und forderten mich auf, dem Minister nachdrücklichst vorzustellen, daß die Spannung im Reich ohne Einsatz der Wehrmacht gelöst werden müsse. General von Schleicher war stark beeindruckt und schloß sich unserer Auffassung an“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279). Dieselbe Begründung findet sich in Schleichers Rundfunkrede vom 15. Dezember 1932, Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd 3, Berlin 1953, S. 452.

<sup>111</sup> Nach der Vertagung des Reichstags auf unbestimmte Zeit (9. Dezember 1932) wurde die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen fortgesetzt. Die Forderungen, die im Sozialpolitischen Ausschuß zwecks Durchführung nachhaltiger Maßnahmen für die Winterhilfe

Grund: Absetzen, Neugruppieren und Angriff neu vortragen. R[eichs]t[ag] (N.S.) hat Bitte gerichtet, zunächst einmal auswirken, nicht gleich nach Hause schicken. Daher immer Anfrage, ob best. Beschlüsse Konfliktfall? Trotzdem liegt keine Gesinnungsänderung des R.T. vor: Stellvertr. Gesetz<sup>112</sup>: Taktlosigkeit, aber auch etwas sehr gutes: Räumt bei anderen Parteien Einwand gegen Beteilig. Hitlers aus<sup>113</sup>. Ges. ist gut u. vernünftig, da man nicht weiß, wer gerade R[eichs]k[anzler] ist. Also gut, daß neutrale Pers. auf Stuhl gesetzt. Amnestie im Grunde auch von d. Gruppen, die dagegen gestimmt, gar nicht unangenehm [empfunden]. Giftzähne sind ausgebrochen (keine Amnestie für Zersetzung[sarbeit] der Komm.). Hätte man Reichsamnestie sabotiert, so wären schlechtere Landesamnestien gekommen. Heikler Punkt ist „Landesverrat, der nicht aus Eigennutz begangen“ (nur 1 Fall, Ossietzki, Weltbühne, der herauskommt nach  $\frac{3}{4}$  Verbüßung). Neue Verordnung stellt auch Wehrmacht unter bes. Schutz; Vorteile größer als Nachteile<sup>114</sup>. – Aufhebung einer Sozialverordnung, sollte bereits v. Papen aufgehoben werden. Zentrum drang darauf. Ausschuß-Auswüchse (Winterhilfe) machen auf Wähler k. Eindruck. Volk ist so politisiert, daß jeder Zusammenhänge sieht. (Auch Nazi sind Auffassung, daß man mehr Pol. d. Volk nicht zumuten kann.)

### 3. Wie soll es werden?

Im Laufe Januar muß [sich] Frage klären, ob feste Mehrheit da. Sobald R.T. einberufen, Frage an N.S.: „Spielst du mit?“ Wenn nicht, dann ist Kampf da. Auflösung d. R.T. u. dann auch in Preußen (legal möglich).

Chancen für Kampf? Moral. Recht muß auf S[eite] d. Reg. sein, deshalb nicht wundern, wenn immer wieder versucht [wird], Nazi mit heranzuholen u. vor Verantwort[ung] z. stellen.

Wenn Kampf, dann 2 Dinge klar: Front gegen Reg[ierung]. Nazi haben keine Aussicht; aber Zerschlagung liegt nicht im St[aats]interesse. Anzustreben bleibt: Mitarbeit der Nazi unter Strasser unter Messiassegn H[itler]s.

Kein Kampf mit Mückenstichen! (Verbote auf 3 Tage.) Sondern Best[immungen] u. Maßnahmen, wie Nazi sie auch exerzieren würden. Also keine Lockerung d. Zügel u. Nachsicht, sondern auf Hauen u. Stechen.

### 4. Sonst. Aufg. d. R.Reg.

a) Außenpol. Rüstungsfreiheit. Kritiker der Formel Neurath<sup>116</sup> wissen nicht, wie es vorher war. Unser Vorschlag war für Franz. viel einfacher, als jetziger Beschluß. Wir haben völlig freie Hand für das, was wir als Gleichberecht[igung] fordern

erhoben wurden, standen jedoch im Gegensatz zur Auffassung der Reichsregierung, die nicht imstande war, die Deckung dieser außergewöhnlichen Ausgaben zu garantieren. Ähnliche Kontroversen zwischen Abgeordneten und Regierungsvertretern hatten sich im Haushaltsausschuß ergeben.

<sup>112</sup> Der Reichstag nahm am 9. Dezember 1932 einen nationalsozialistischen Gesetzentwurf an, der den Präsidenten des Reichsgerichts zum Stellvertreter des Reichspräsidenten bzw. zum interimistischen Verwalter dieses Amtes bestimmte (R.G.Bl. 1932, Teil I, Nr. 80), nachdem gemäß Art. 51 der Reichsverf. diese Funktion bislang beim Reichskanzler gelegen hatte.

<sup>113</sup> So auch die Meinung des Abg. Dr. Breitscheid (SPD) im Reichstag am 7. Dezember 1932. Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 217.

<sup>114</sup> Der Gesetzentwurf über Straffreiheit wurde gleichfalls in der Reichstagsitzung vom 9. Dezember 1932 angenommen.

<sup>115</sup> Die Einigungsformel der fünf Mächte vom 10. Dezember 1932 sah für Deutschland in Rüstungsfragen eine Gleichberechtigung der Art vor, daß allen Nationen Sicherheit zu gewährleisten war.

wollen. Theoretisch These „Gleiche Sicherheit für alle“ gültig. Eine Gefahr besteht, daß die Sache verschoben u. verschleppt wird. Dies würde uns zwingen, „Rüst. Freiheit“ zu nehmen.

Stellg. Amerikas (Roosevelt) merkwürdig: Er will „Globallösung“, d. h. Gesamtbereinigung aller Fragen in Europa (wie Mussolini); unter anderem auch Wirtschaftseinheit Europas (dies auch Kg. v. Belgien, der erstaunlichen Einfluß [hat]).

Linie: Fort mit Versailles.

b) Preußen. Wispern: „Dualismus kommt wieder“ geht von Nazi aus, die (Goebbels) mit Z[entrum] zus. v. Preußen aus Reich bekämpfen wollten, also Dualismus in schärfster Form. „Ich kann nicht hindern, daß Sie (Göring) mit Z[entrum] in Pr. Min.Präs. wählen, aber ich kann Ihnen versichern, daß – wenn dieser Min.Präs. Göring heißt – er auf das Stühlchen kommt, wo jetzt Braun sitzt<sup>116</sup>.“ Kein Schritt rückwärts in Pr.Frage! Nur wenn Pr. Min.Präs. ausreichende Garantien für Vernunft gibt, wird Reichskommissar beseitigt.

c) Sanierung der Wirtschaft will nicht recht vorwärts, weil  $\frac{2}{10}$  d. Volkes dagegen, daher kein rechtes Vertrauen zur Stetigkeit. Ich habe Vertrauen, daß wir vorwärtskommen. Fehler nur, daß viel zu viel Probleme angefaßt, für die hungerner Mensch kein Verständnis.

Siedlung bringt immer Geschrei im Osten!

d) Jugendfragen. Minister haben wir noch nicht. Ott ist s. Ch[ef] d. Stabes. Wehrsport, Frw. Arb.Dienst, Notwerk d. Jugend, Studentenjahr, Bauernhilfe.

#### Ott<sup>117</sup>

Heranführung der Jugend an den Staat.

Arbeit – Ideal – Militärische Ertüchtigung.

Umstellg. der Schulpol. der Länder auf Heimat und Staat.

Gerade in Preußen Wegfallenlassen d. Jugend v. Staat, dies unglaublich. Zunächst „Gemeinschaftsbegriff“ (Kl[eine] Abzeichen). Dazu Prüfung des Personals des Schulkörpers (Lehrerseminare haben große Aufgeschlossenheit in Preußen. Dort Vorträge zur Einführung des soldat. Denkens). Materiell: Umgestaltung des Lehrmaterials. (In Pr. „Heroismus“ fehlt.)

Dann Hochschule.

Freiwilliges Werkhalbjahr als Übergang zu Werkjahr. – Teil geht in Wehrsport, Teil in Frw. Arb.Dienst.

Frw. Bauernhilfe: Solchen B[auern], die sich nicht bezahlte Arb.Kr. halten können, sollen frw. Arb. zur Verfüg[ung] gestellt werden. Etwa 1 Million solcher Bauernstellen besteht!

Notwerk der d[eutschen] Jugend: Es kann trotz aller Ansätze immer nur ein Teil Jugendlicher an Arb. herangebracht werden. Rest bleibt in trostloser Arb.Losigkeit. Staat soll hier durch Kameradschaften, gruppiert um warme Ver-

<sup>116</sup> Hindenburg hatte in Gegenwart Schleichers am 12. Dezember 1932 Göring und den Präsidenten des Preußischen Landtags, Kerri, zu einer Besprechung über die Frage Reich-Preußen empfangen. Es ist möglich, daß bei dieser Gelegenheit auch eine Unterredung Schleicher-Göring stattgefunden hat, wobei obige Stellungnahme des Reichskanzlers zum Ausdruck gebracht wurde.

<sup>117</sup> Zu den Ausführungen Otts vgl. die entsprechenden Stellen in der Rundfunkrede Schleichers vom 15. Dezember 1932, Schultheß' Europ. Gesch. Kal. 1932, S. 228 f. Einen Aufruf für das Notwerk der deutschen Jugend erließen Hindenburg und die Reichsregierung am 24. Dezember, der Erlaß über das freiwillige Werkhalbjahr erschien am 28. Januar 1933.

pflegung (wozu Staat Beihilfe gibt) [Abhilfe] schaffen und [Jugend] dafür einige Stunden zur Weiterbildung, Sport usw. herangebracht werden. Wird in nächsten Tagen abgeschlossen. Mittel im Verhältnis zum Arb.Stätten-Einsatz sehr gering 10 : 1000.

Mil. Jugendertüchtigung. Sehr gute Fortschritte. Wettlauf der Verbände (einschließlich Nazi u. Reichsbanner). Dank des Ministers an die akt. Offz., die in Wehrsport tätig.

Nach dem Ergebnis des Kriegsspiels hatte Schleicher bei sich entschieden, daß ein Bürgerkriegseinsatz der Reichswehr nicht riskiert werden durfte, jedenfalls nicht unter einem Regierungschef, der nicht Schleicher hieß, und auch dann nur, wenn eine mit gewalttätigen Mitteln erstrebte Kanzlerschaft Hitlers unmittelbar drohte<sup>118</sup>.

Diese Haltung Schleichers schließt jedoch nicht aus, daß er die Militärdiktatur stets und grundsätzlich abgelehnt hat. Ein Ehrgeiz in dieser Richtung lag ihm fern. Was sich aber andererseits in Niederschrift und Rundfunkrede darbietet, ist nichts anderes als der letzte Versuch, die Not der Republik mit Mitteln zu bekämpfen, die man dem Fundus sozialer Erfahrungen vornehmlich des Soldatenalltags entnehmen wollte, zugespitzt auf die Hoffnung, alle aus dieser Richtung ansprechbaren Volksteile — einschließlich solcher, die in der NSDAP organisiert waren — zur Mitarbeit heranziehen zu können. Dazu gehörte, daß des Kanzlers frühere Mitarbeiter im RWM nun auch staatspolitische Aufgaben zu erfüllen hatten: Oberstlt. Marcks wurde Pressechef der Reichsregierung, Herr von Carlowitz solcher der Preußischen Regierung, Oberstlt. Ott hatte die Jugendfragen zu bearbeiten und Herr von Holtzendorff die Bauernhilfe<sup>119</sup>. Einige von ihnen standen in engem Kontakt mit der im Verlage Diederichs erscheinenden Zeitschrift „Die Tat“ und deren Herausgeberkreis unter Hans Zehrer.

<sup>118</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren die politischen Beziehungen zwischen Schleicher und Papen lediglich als „abgekühlt“ zu bezeichnen. Die Rede Papens im Herrenklub, die — wenn auch in versteckter Form — gegen Schleicher gerichtet war (vgl. „Ring“, Jg 1932, S. 894 ff.), wurde erst am 16. Dezember gehalten. Die endgültige Verärgerung Schleichers aber dürfte dann nach der von Papen arrangierten Kölner Besprechung vom 4. Januar 1933 erfolgt sein. In der ihm eigenen Diktion äußerte sich Schleicher im Winter 1933/34 zu einem Freunde: „... Im übrigen, was heißt böse? In der Politik bekämpft man sich eben manchmal und deswegen braucht man sich doch nicht böse zu sein, aber mit Herrn von Papen liegt die Sache doch anders, er hat nämlich ein Prinzip verraten. Als er Reichskanzler wurde, war alles für ihn vorbereitet, die Pferde standen gesattelt, und wir wollten in guter Kameradschaft zusammen in die Arena reiten, um ein anständiges aristokratisches Prinzip zur Geltung zu bringen. Na, nun ging das nicht gleich so schnell, wie wir das erhofft haben. Der Stier war nicht gleich tot und das deutsche Volk, das auf den Tribünen saß, schrie unter der Führung des Herrn Hitler: „Seht doch mal die Ritter, die können ja auch nichts!“ Und wie Fränzchen Papen das hörte, hat er mir schnell den Bügel weggezogen, so daß ich kopfüber ging und dann hat er mein Pferd genommen und hat es unter dem Beifall der johlenden Menge dem Volkstribunen vorgeführt und gesagt: „Bitte, Herr Hitler, steigen Sie doch in den Sattel.“ Und damit hat er unser Prinzip verraten und das nehme ich ihm übel...“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 281).

<sup>119</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279.

So mag die Militärdiktatur ausgeblieben sein — mit dem 2. Dezember 1932 jedoch, mit den Vorfällen auf der letzten Sitzung des geschäftsführenden Kabinetts Papen, hatte Schleicher zum ersten Male das „ius interpellandi“ der Wehrmacht in ein „ius interveniendi“ gewandelt. Während seiner Kanzlerschaft erlangte die Reichswehr, nicht parteiabhängig, aber „der Gesinnung nach rechts stehend“, den Höchstgrad ihrer bisherigen politischen Bedeutung. Das Wort des Obersten von Reichenau, schwärmerisch bezogen auf die Verhältnisse nach dem 30. Januar 1933, „Nie war die Wehrmacht identischer mit den Aufgaben des Staates als heute“<sup>120</sup> hätte treffender auf die beiden vorangegangenen Monate gepaßt.

Nach seinem am 28. Januar 1933 vollzogenen Rücktritt als Reichskanzler bemühte sich Schleicher dennoch im politischen Spiel zu bleiben. Darauf bedacht, der Reichswehr einen Einsatz zu sparen, durch den diese innerlichen Schaden davontragen konnte, versuchte er jetzt Plänen der Wilhelmstraße, welche auf ein Kabinett Papen-Hugenberg abzielten, entgegenzuwirken. Statt dessen empfahl er die Betrauung Hitlers mit der Regierungsbildung, in der Hoffnung, selbst das Reichswehrministerium behalten zu können. Jedoch wurden auch andere Kandidaten für dieses Amt genannt. Papen, der als „homo regius“ neue Möglichkeiten einer Kabinettsbildung, zuletzt auch solche unter Hitler, zu prüfen hatte, schlug dem Reichspräsidenten den Gen.Lt. Frhr. von Fritsch vor. Auch dessen Vorvorgänger im Wehrkreis III, Gen. d. Inf. a. D. Joachim von Stülpnagel, wurde sowohl von Papen wie auch im Auftrage Hindenburgs von seinem früheren Chef des Stabes, dem Gen.Maj. von Kleist<sup>121</sup> gefragt, ob er Reichswehrminister werden wolle<sup>122</sup>. Da der Reichspräsident jedoch den Gen. Lt. von Blomberg, Befehlshaber im Wehrkreis I, nicht zuletzt wegen dessen Auftreten auf der Genfer Abrüstungskonferenz am geeignetsten hielt, wurde dieser bereits am 29. Januar durch ein Telegramm nach Berlin gerufen. Es muß vorerst offen bleiben, ob hinter dieser Entscheidung bereits konkrete Wünsche Hitlers standen, doch darf man annehmen, daß das Vertrauen Hindenburgs auch gegenüber einem Wehrminister Schleicher, wohl nicht zuletzt auf Betreiben Papens, in diesen Tagen fast zum Erlöschen gebracht worden war. Blomberg traf am 30. Januar morgens in Berlin ein, wurde in großen Zügen über die Lage unterrichtet, sofort zum Minister ernannt und vereidigt, noch bevor das zukünftige Kabinett dem Reichspräsidenten vorgestellt worden war. Die Eile dieser Prozedur und das ungenügende Wissen um die politischen Vorgänge der letzten Wochen macht gewisse unsichere Urteile in den nachstehenden Ausführungen verständlich.

<sup>120</sup> Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe, vom 6. Februar 1933.

<sup>121</sup> Damals Kommandeur der 2. Kav. Div. in Breslau.

<sup>122</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 306. General von Stülpnagel, ausgeschieden am 31. Dezember 1931, war als Geschäftsführer in den Verlag der „Berliner Börsenzeitung“ eingetreten. Später erfuhr er, daß er für den Ministerposten als „zu eigenwillig“ abgelehnt worden war.

## Nr. 7.

1933 Februar 3, Berlin. Ausführungen des Reichswehrministers von Blomberg vor den Gruppen- und Wehrkreisbefehlshabern im Reichswehrministerium.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann als Grundlage für spätere Kommandeurbesprechungen. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 37–38.

Befehlshaber-Bespr. am 3. 2. 33 in Berlin.

R.W.Min. begann mit Würdigung der Tätigkeit des Gen. v. Schleicher als Kanzler. Dieser habe im Dezember d. Kanzlerschaft entgegen s. Wunsche aus 2 Gründen übernommen:

1. Wunsch, R.W. vor dem Einsatz gegen einen Generalstreik von rechts u. links zu bewahren.
2. Gedanke, daß es ihm vielleicht doch noch gelingen könnte, die National-Soz. mit d. Regierung zu versöhnen u. in d. Verantwortung hineinzubringen.

Im Punkt 1 voller Erfolg; im Punkt 2 ohne jede Schuld gescheitert. Die Frage, warum das, was Schleicher immer erstrebte, unter ihm nicht möglich war, nach s. Abgang aber auf einmal gelang, ist auch von Eingeweihten<sup>123</sup> nicht zu beantworten.

R.W.M. erklärte: Bedürfnis, sich vor d. Verdiensten Schl's in Dankbarkeit zu verneigen. 2 Hauptverdienste: Heraushalten der R.W. aus Politik, in 14-jähriger Arbeit voll erreicht. Als Minister: Hauptstoßkraft gegen Fesseln von Versailles, auch hier großer Erfolg. Die Gleichberecht. Formel von Genf<sup>124</sup> und alle sich daraus weiter ergebenden Möglichkeiten durchaus Verdienst Schleichers.

#### Jetzige Lage.

Kabinett ist Ausdruck breiten nationalen Wollens u. Verwirklichung dessen, was viele der Besten seit Jahren angestrebt. Zwar vertritt es nur eine Volksminderheit, aber doch eine nach Millionen zählende festgefügte Minderheit, die entschlossen ist, für ihre Idee zu leben u. – wenn nötig – auch zu sterben. Daraus ergeben sich große Möglichkeiten, wenn die leitenden Männer festes Herz und glückliche Hand beweisen.

Jetzt, nachdem erster Begeisterungsrausch gelegt, melden sich – wie zu erwarten – draußen u. drinnen Zweifel u. Kritik. Vor allem Frage: Wie will das in sich gegensätzl. Kabinett Wirtschaftsfragen lösen? Eines sei in dieser Hinsicht klar: Lösung d. Wirtsch. Fragen sei nicht v. heute auf morgen möglich; daher hat R.K. in s. Aufruf (eigenstes Werk v. A bis Z!) keine Versprechungen gemacht, sondern s. Willen u. s. Abs. in die nach Ansicht d. Min. glückliche Formulierung eines „4-Jahresplans“ gebracht. (Wirtsch. Absichten auch in Ansprache Hitlers dunkel!)

Bildung d. Regierung ohne Zentrum, weil mit Zentrum sich sofort als unmöglich erwiesen. Zentrum habe Moment für Anschluß an d. nat. Welle versäumt. Leider sei Brüning im entscheid. Augenblick krank gewesen u. Entscheid. habe bei Kaas, der als „Mann d. kl. Mittel“ bekannt, gelegen. In seinem umfangreichen Fragebogen, an Stelle klarem „Ja“ oder „Nein“, habe man mit Recht Verschleppungsversuch gesehen, auf den Kab. sich nicht einlassen wollte. „Mit ge-

<sup>123</sup> Zu den „Eingeweihten“ zählte sich Blomberg offensichtlich nicht.

<sup>124</sup> Vgl. Anm. 115.

wissem erleichterten Aufatmen“ habe Kab. Entschluß gefaßt, Verhandl. abzubrechen u. Neuwahlen auszuschreiben<sup>125</sup>.

Warum Neuwahlen? R.Pr. 85 Jahre alt und darauf gefaßt, bald abberufen zu werden. Er wolle nicht mit gebrochenem Wort vor s. höchsten Richter treten u. wirke daher immer wieder auf Einhaltung der Verfassung hin. Sei sich aber klar, daß auch hierfür Grenze. Jetzt solle der verfassungsmäßige Weg d. Neuwahlen noch einmal beschritten werden. Mit diesem Wunsch des R. Pr. sei Frage auch für Hitler entschieden gewesen<sup>126</sup>, der überhaupt d. Persönl. des R.Pr. mit höchstem Takt würdige.

Bei Bildung des Kabinetts habe Frage des R.W.Min. Hauptrolle gespielt. Eintritt der Nazi in Reg. sei entschieden gewesen, als sich akt. General zur Mitarbeit unter Hitler bereit fand (Von Hitler für mögl. gehalt[ene] andere Lösung: Führender Nazi als R.W.Min. wohl für R.Präs. nicht annehmbar.) Nach Einigung Hitler-Blomberg – Montag 8 Uhr – sei Frage entschieden gewesen und um 11.30 bereits vereidigt.

Aufgaben des R.W.Ministers. Die 3, die in seinem Aufruf an d. Wehrmacht genannt:

1. Erhaltung der R.W. als überparteil. Machtmittel.
2. Untermauerung der Wehrmacht durch Wehrhaftmachung d. breiten Volkes.
3. Ausbau d. Wehrmacht zu einem brauchbaren Instrument zur Wahrung der nationalen Sicherheit.

Zu 1. Überparteil. in Politik – Unterstützung der Wehrhaftmachung.  
2 Aufgaben. Keinesfalls erstere weniger wichtig als 2te! Herabsinken zur Parteitruppe hebt Grundlagen auf, auf denen wir stehen!

Zu 2. Hebung und Ausbreitung der Wehrbetätigung im ganzen Volke. Der Mann dazu im Kabinett ist Seldte (Min.Port[efeuilie] nur vorläufig). Hitlers u. Seldtes Denken u. Wollen münden in Wunsch auf Wehrhaftmachung des Volkes. Seldte bezeichn. Min. als geeign. Mann dafür, im Verein mit uns Soldaten diese Aufgabe durchzuführen.

Zu 3. Ausbau als brauchbares Instrument zur Wahrg. d. staatl. Sicherheit. Durch Dezember-Abkommen sei die Anerkennung der Gleichberechtigung theoretisch unumstößlich vollzogen. Deutschlands Lage sei daher nicht ungünstig, denn d. Forderung auf Abrüstung d. anderen habe solche Logik in sich, daß es zu irgendwelchen positiven Erfolgen für uns kommen muß.

„Qualitativ“ stände unsere Freiheit v. Versailles schon jetzt nicht mehr in Frage (Verbotene Waffen, Heeres-Org.), ob es zu einer Einigung d. Konferenz kommt oder nicht.

<sup>125</sup> Papen hatte sich von Hitler das Versprechen geben lassen, für eine möglichst breite Basis der Koalition nach der Vereidigung unverzüglich mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei Besprechungen aufzunehmen, F. von Papen, a. a. O., S. 276. Daß es Hitler damit nicht sehr ernst meinte, bezeugt Goebbels' Tagebucheintragung vom 31. Januar, a. a. O., S. 254: „... Von Verhandlungen mit dem Zentrum kann gar keine Rede mehr sein. Wir sprechen uns nach der Wahl wieder...“ Zum Verlauf der Besprechungen vgl. Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte, Bd. 4, Berlin 1953, S. 3–7.

<sup>126</sup> Der Gedanke der Neuwahlen ging von Hitler aus, der am 30. Januar noch vor der Vereidigung im Büro Meißners mit allen Überredungskünsten, zuletzt mit Unterstützung Papens, das Einverständnis des sich sträubenden Hugenberg dazu eingeholt hatte, Th. Düsterberg, a. a. O., S. 40f., F. von Papen, a. a. O., S. 275f. Am 31. Januar, bei seinem ersten Vortrag, erlangte Hitler die Zustimmung Hindenburgs.

„Quantitativ“ (Heeresstärke) hinge das, was wir machen werden, ganz von dem ab, was die anderen machen. Sei es nun, daß sie sich über Verhältniszahl einigen oder nicht.

Wahrscheinlich sei, daß Konferenz dramatisch oder in d. Stille zerplatzen werde.

In jedem Falle Warnung vor übersteigerten Hoffnungen u. Erwartungen für das, was bei uns geschehen kann: Maß dessen, was wir zunächst aufbauen wollen u. können, ist bescheiden. Braucht Zeit u. Geld! D. jetzige Regierung, namentlich auch der hervorragende Finanzminister, werde loyalster Wegbereiter für den Aufbau d. Wehrmacht sein. Kämpfe um Geld würden zwar auch nötig sein; sie würden aber ohne Bitterkeit geführt werden.

Noch am selben Tage (3. Februar) hatte Hitler, der sich nach der am 1. Februar erfolgten Reichstagsauflösung bereits im Fieber des neuen Wahlkampfes befand, Gelegenheit, als Reichskanzler die höhere Generalität kennenzulernen, nachdem er von Hammerstein einige Tage vorher zum Abendessen anlässlich der Befehlshaber-Besprechung gebeten worden war<sup>127</sup>. Nach Aufhebung der Tafel durch Frau von Hammerstein sprach Hitler zweieinhalb Stunden zu den Gästen. Anschließend brach er auf und flog noch in der Nacht nach München.

#### Nr. 8.

1933 Februar 3, Berlin. Ausführungen des Reichskanzlers Hitler vor den Befehlshabern des Heeres und der Marine anlässlich eines Besuches bei Gen.d.Inf. Frhr. von Hammerstein-Equord in dessen Wohnung.

Handschr. Aufzeichnungen des Gen.Lt. Liebmann. München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Nr. 167/51, fol. 39.

#### H. am 5. 2. 33 (bei Hammerstein)

Ziel der Gesamtpolitik allein: Wiedergewinnung der pol. Macht. Hierauf muß gesamte Staatsführung eingestellt werden (alle Ressorts!).

1. Im Innern. Völlige Umkehrung der gegenwärt. innenpol. Zustände in D. Keine Duldung der Betätigung irgendeiner Gesinnung, die dem Ziel entgegen steht (Pazifismus!) Wer sich nicht bekehren läßt, muß gebeugt werden. Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel. Einstellung der Jugend u. des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur d. Kampf uns retten kann u. diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. (Verwirklicht in d. Millionen d. Nazi-Beweg. Sie wird wach-

<sup>127</sup> Über den äußeren Anlaß für diese Einladung bringt J. W. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 291 glaubhafte Einzelheiten. Am frühen Morgen des 31. Januar hatte sich Hitler in einige der Berliner Kasernen begeben und dort unangemeldet und ohne Wissen der Offiziere über den Geist des neuen Deutschland gesprochen. Beunruhigt über diese neue Methode („a proceeding which recalled all too vividly the ‚Stimmung‘ of 1918“) entschloß sich Hammerstein darauf, den Reichskanzler mit den Befehlshabern zusammenzubringen. – Über den Verlauf des Abends berichtet ein damaliger Adjutant Hammersteins: „... Hammerstein stellte damals noch etwas ‚wohlwollend‘ von oben herab den ‚Herrn Reichskanzler‘ vor, die Generalsphalanx quittierte höflich kühl, Hitler machte überall bescheidene linkische Verbeugungen und blieb verlegen, bis er nach dem Essen die Gelegenheit zu einer längeren Rede am Tisch bekam...“ (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 105).

sen.) Ertüchtigung der Jugend u. Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln. Todesstrafe für Landes- u. Volksverrat. Straffste autoritäre Staatsführung. Beseitigung des Krebschadens der Demokratie!

2. Nach außen. Kampf gegen Versailles. Gleichberechtigung in Genf; aber zwecklos, wenn Volk nicht auf Wehrwillen eingestellt. Sorge für Bundesgenossen.

3. Wirtschaft! Der Bauer muß gerettet werden! Siedlungspolitik! Künft. Steigerung d. Ausfuhr zwecklos. Aufnahmefähigkeit d. Welt ist begrenzt u. Produktion ist überall übersteigert. Im Siedeln liegt einzige Mögl., Arbeitslosenheer z. T. wieder einzuspannen. Aber braucht Zeit u. radikale Änderung nicht zu erwarten, da Lebensraum für d[eutsches] Volk zu klein.

4. Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der pol. Macht. Allg. Wehrpflicht muß wieder kommen. Zuvor aber muß Staatsführung dafür sorgen, daß die Wehrpflichtigen vor Eintritt nicht schon durch Pazif., Marxismus, Bolschewismus vergiftet werden oder nach Dienstzeit diesem Gifte verfallen.

Wie soll pol. Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Mögl., vielleicht — und wohl besser — Eroberung neuen Lebensraums im Osten u. dessen rücksichtslose Germanisierung. Sicher, daß erst mit pol. Macht u. Kampf jetzige wirtsch. Zustände geändert werden können<sup>128</sup>. Alles, was jetzt geschehen kann — Siedlung — Aushilfsmittel.

Wehrmacht wichtigste u. sozialistischste Einrichtung d. Staates. Sie soll unpol. u. überparteilich bleiben. Der Kampf im Innern nicht ihre Sache, sondern der Nazi-Organisationen. Anders wie in Italien keine Verquickung v. Heer u. SA beabsichtigt. — Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird sich zeigen, ob Fr[ankreich] Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns Zeit nicht lassen, sondern über uns herfallen (vermutlich mit Ost-Trabanten).

Die versammelten Befehlshaber hatten an einem Tage Gelegenheit, vom Ende der Weimarer Republik und von den neuen Zielen zu hören, zum Ausdruck gebracht in Blombergs Abschiedsworten auf Schleicher und in Hitlers erträumter „rücksichtsloser Germanisierung neuen Lebensraums im Osten“. Hitler hatte zweifellos beabsichtigt, vor den Generalen Eindruck zu machen; vielleicht veranlaßte ihn dieses, geheimste Gedanken in einem noch nicht vertrauten Kreise zu erkennen zu geben. Die Versammlung konnte jedoch kaum eine Vorstellung von der Methode haben, die der auf legalen Wege berufene neue Regierungschef zur Durchführung seiner Pläne anwenden würde. Einige der Teilnehmer wurden

<sup>128</sup> Daß in dieser knappen Niederschrift Gedanken Hitlers enthalten sind, von denen er Zeit seiner Wirksamkeit geradezu beherrscht wurde, zeigt der Vergleich mit einigen Sätzen, die er am 23. November 1939 vor den Oberbefehlshabern sprach: „... Als ich 1933 zur Macht kam, lag eine Periode des schwersten Kampfes hinter mir. Alles was vorher da war, hatte abgewirtschaftet. Ich mußte alles neu reorganisieren, angefangen vom Volkskörper bis zur Wehrmacht. Erst innere Reorganisation, Beseitigung der Erscheinungen des Zerfalls und des defeatistischen Geistes. Erziehung zum Heroismus... Ich sehe im Kampf das Schicksal aller Wesen. Niemand kann dem Kampf entgehen, falls er nicht unterliegen will. Die steigende Volkszahl erforderte neuen Lebensraum. Mein Ziel war, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Volkszahl und Volksraum herbeizuführen. Hier muß der Kampf einsetzen. Um die Lösung dieser Aufgabe kommt kein Volk herum oder es muß verzichten und allmählich untergehen...“ (Dokument 789-PS, IMT, Bd 26, Nürnberg 1947, S. 528f.).

alarmiert. So beschwichtigte z. B. der Oberstlt. Fromm<sup>129</sup> den Befehlshaber im Wehrkreis III, Gen.Lt. Frhr. von Fritsch, „daß die maßlosen Vorhaben an der Härte der Tatsachen scheitern und auf ein nüchternes Maß zurückgeführt“ werden würden<sup>130</sup>. Im allgemeinen aber hat man diesen Ausflug in eine, wie die Entwicklung zeigen sollte, gar nicht so ferne Zukunft nicht übermäßig ernst genommen. Ein anderer Teilnehmer entsinnt sich, daß nach dem Weggang Hitlers in der allgemeinen Unterhaltung das Schiller-Wort fiel „Stets war die Rede kecker als die Tat“<sup>131</sup>.

Für die Reichswehr begann unter Blomberg abermals ein kritischer Abschnitt ihrer Geschichte. Der nächste Mitarbeiter Schleichers und Nachfolger im Ministeramt, Oberst von Bredow, war schon zum 1. Februar 1933 seiner Stellung mit der merkwürdig anmutenden Begründung enthoben worden, „daß die Entpolitisierung der Reichswehr von Grund auf geschehen müsse“<sup>132</sup>. An dessen Stelle berief Blomberg seinen bereits seit Tagen in Berlin weilenden bisherigen Chef des Stabes, den Obersten von Reichenau. Dieser erklärte, durchaus in der Sprache jener Tage, er trete sein neues Amt mit der gleichen Begeisterung an, von der der Aufruf der neuen Regierung an das deutsche Volk getragen sei<sup>133</sup>. Die Wehrmacht, die in der Weimarer Zeit „ihrer Gesinnung nach rechts gestanden“ hatte, spürte nur zu bald, daß gerade auf dieser Seite des politischen Lebens die nun anhebende „nationalsozialistische Revolution“ für sie neue, bisher nicht gekannte Probleme aufwarf.

*Thilo Vogelsang*

<sup>129</sup> Oberstlt. Fromm, zuletzt 1939–1944 Befehlshaber des Ersatzheeres, gehörte damals dem Wehramt in der Heeresleitung an.

<sup>130</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279.

<sup>131</sup> Zuschrift des Gen. d. Inf. a. D. Liebmann vom 29. Mai 1933.

<sup>132</sup> Börsen-Courier vom 31. Januar 1933.

<sup>133</sup> Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe, vom 6. Februar 1933.

## MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Henri Brunschwig, Professor für Geschichte und Kultur an der École nationale de la France d'outre mer und am Institut des sciences politiques in Paris; Paris V<sup>e</sup>, 22 Rue des Fossés St. Bernhard.

Dr. Erwin Faul, Mitarbeiter am Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften der Universität Heidelberg; Mannheim-Waldhof, Staudenweg 1.

Hermann Lutz, Historiker, The Hoover Institute and Library, Stanford, Calif.

Dr. Hans Rothfels, Professor der Geschichte an den Universitäten Chicago und Tübingen; Tübingen, Wildermuthstraße 10.

Dr. Thilo Vogelsang, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München; München 23, Ohmstraße 13.